

02/02/03/17

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

**NULL
TOLERANZ
FÜR
RASER!**

www.stadt.koeln
www.koeln.polizei.nrw.de
[#ichrasenicht](https://twitter.com/ichrasenicht)

Null Toleranz für Raser!
Kölner Polizei engagiert sich dauerhaft

> **SICHERHEITSPROGRAMME DER KREISPOLIZEIBEHÖRDEN – DIE BEDEUTUNG
VON FÜHRUNG IM STEUERUNGSPROZESS**

»Rücksichtsloses Draufgängertum hat auf der Straße keinen Platz.«

Bernd Heinen
Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Foto: Jochen Tack

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bilder haben uns alle schockiert: Drei Unbeteiligte verloren im Frühjahr 2015 innerhalb weniger Wochen durch illegale Kraftfahrzeugrennen in Köln ihr Leben. Völlig unschuldig wurden sie Opfer von Impioniergehabe und kriminellen Kräfte messen. Umgehend reagierte die Polizei Köln mit zielgerichteten Maßnahmen, um diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, organisiert zunächst in einer BAO »Rennen«.

Vieles hat sich seitdem bewegt.

Verstärkte Kontrollen, hochmotivierte Einsatzkräfte, eine standardisierte Vorgangsbearbeitung und ein dichtes Netzwerk örtlicher Partner führten in der Raserzone zu spürbaren Konsequenzen. Weit über die Grenzen Kölns und auch Nordrhein-Westfalens hinaus hat dieses entschlossene Vorgehen der Polizei umfangreiche mediale Beachtung erfahren.

Wie irrsinnig ist es, mit lebensgefährlichen Geschwindigkeiten durch die Stadt zu rasen, während Ingenieure und Planer unaufhörlich bemüht sind, das Leben aller Verkehrsteilnehmer durch immer neue Assistenzsysteme und bauliche Maßnahmen zu schützen? Wie aberwitzig, dass Wissenschaft und Industrie nach Möglichkeiten suchen, insbesondere im urbanen Raum die Auswirkungen des Verkehrslärms auf Gesundheit und Lebensqualität zu verringern, während sich Poser mit illegal veränderten Fahrzeugen zur Schau stellen, allein mit dem Ziel, einen Höllenkrach zu produzieren?

In Köln wurde aus der BAO inzwischen ein Projekt. Auf ministerieller Ebene ist ein Konzept zum Umgang mit Intensivtätern im Verkehrsbereich in der Entwurfsphase. Wir wollen unsere Maßnahmen überall in Nordrhein-Westfalen ausweiten. Sie alle möchte ich ausdrücklich animieren, in Ihren Behörden entschieden gegen dieses Phänomen vorzugehen. Es muss unmissverständlich deutlich werden: Rücksichtsloses Draufgängertum hat auf der Straße keinen Platz.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich, dass Sie den Frühling genießen können. Vielleicht nutzen Sie ja die ersten warmen Tage für einen Besuch im Straßencafé – hoffentlich ganz ohne den Lärm aus einer manipulierten Abgasanlage.

Ihr Bernd Heinen

INHALT

02 __ Editorial
51 __ Impressum

TITEL

04 __ **Null Toleranz für Raser**
Kölnener Polizei engagiert sich dauerhaft

FÜHRUNG

12 __ **Sicherheitsprogramme der Kreispolizeibehörden** Die Bedeutung von Führung im Steuerungsprozess

EINSATZ

16 __ **Auf Streife im Schifffahrtsverkehr**
Die Wasserschutzpolizei NRW sucht Verstärkung

KRIMINALITÄT

24 __ **Libanesischen Familienclans in NRW** Einhalt gebieten
Analyseprojekt KEEAS

28 __ **Einzigartig und nachweislich erfolgreich** Die »Stabsstelle Prävention Jugendkriminalität«

AUS- UND FORTBILDUNG

30 __ **Prämierung der besten Abschlussarbeiten** Feier der FHÖV

PRISMA

33 __ **viva ist da** Auskunft- und Vorgangsbearbeitungssystem

34 __ **Herausragendes Engagement im Arbeits- und Gesundheitsschutz** LZPD und LAFP ausgezeichnet

35 __ **Vereinbarung zur besseren Zusammenarbeit** Bundes- und Landespolizei kooperieren

36 __ **Belastbarkeit im Polizeidienst** »Soziale Ansprechpartner« bei der Polizei NRW

40 __ **Eine völlig andere Facette von Polizeiarbeit** NRW leistete vor 25 Jahren Aufbauhilfe in Brandenburg

42 __ **Die spannendste Zeit ihres Berufslebens** Rainer Magenski und Heinz Hermey erinnern sich

SPORT

46 __ **Überwältigende Anteilnahme** Benefizspiel der Deutschen Polizeieishockey Nationalmannschaft

PERSONALIEN

49 __ **Wolfgang Niewald** Neuer Leiter der Direktion Kriminalität beim PP Bielefeld

49 __ **Frank Fichtner** Neuer Leiter der Abteilung Polizei beim Landrat Steinfurt

49 __ **Udo Schröder** Neuer Leiter der Zentralabteilung beim LAFP


PREISRÄTSEL

50 __ **Zeitloser Hardrock mit »Thunder«** Die »Streife« verlost 3 x 2 Freikarten



16 AUF STREIFE IM SCHIFFFAHRTSVERKEHR –
DIE WASSERSCHUTZPOLIZEI NRW SUCHT VERSTÄRKUNG

Foto: Jochen Taek



Die Kölner
Polizei
engagiert
sich
langfristig
im Kampf
gegen
illegale
Kraft-
fahrzeug-
rennen

Null Toleranz für Raser

Der Fahrgast eines Taxis, die Studentin auf dem Fahrrad und der Radfahrer, der an einer Ampel wartete. Alle drei hatten keine Chance, als sie im Frühjahr 2015 durch kriminelles Kräftenessen und Imponiergehabe von rabiaten Autofahrern zu Tode kamen. Völlig unbeteiligt wurden sie unschuldige Opfer illegaler Kraftfahrzeugrennen. Mitten in Köln. Mit zielgerichteten Maßnahmen sagte die Polizei Köln der Raser-Szene den Kampf an. Die BAO wurde nun in die Regelorganisation überführt.

Als innerhalb weniger Wochen in Köln drei Menschen bei Verkehrsunfällen durch vorsätzliche Geschwindigkeitsüberschreitungen und verkehrsgefährdende Fahrweise getötet wurden, schockierte und beunruhigte das die Bevölkerung enorm. Der Kölner Polizeipräsident veranlasste umgehend angepasste repressive und präventive Maßnahmen der Polizei. Erste Ermittlungen zu den Verkehrsunfällen, Aufklärungsergebnisse und Hinweise aus Polizeiinspektionen und der Bevölkerung lieferten schnell die Erkenntnis, dass sich in Köln eine Raser-Szene etabliert hatte, die sich regelmäßig an verschiedenen und teilweise weit voneinander entfernten Treffpunkten in der Stadt einfindet, um sich in der Innenstadt und auf den »Ringen«, der »Partymeile« in Köln, zu präsentieren. >

So haben wir in Köln ein Verkehrsphänomen aufgedeckt: Eine Szene, von der fortwährend Gefahren für Leib und Leben Unbeteiligter ausging. Die Beteiligten bildeten eine Gruppe mit rund 300 Personen, deren »harter Kern« aus zumeist Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund bestand. »Aus dieser Szene heraus wurden durch vorsätzliche erhebliche Geschwindigkeitsübertretungen unter Inkaufnahme konkreter Gefahrensituationen immer wieder unbeteiligte Dritte gefährdet. Doch es galt, noch viele Fragen zu beantworten: Wie, wo und wann entsteht ein spontan abgesprochenes Kraftfahrzeugrennen? Wer sind die Fahrer? Welche Fahrzeuge benutzen sie? Wie können wir zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein, um derartiges Verhalten zu verhindern bzw. zu verfolgen? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es? Sind unsere Maßnahmen zielführend?

»Mitte 2015 umfasste die Gruppe über 300 Personen mit einem 'harten Kern' aus ca. 25–30 Männern im Alter von 18–25 Jahren, zumeist Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund.«

*Polizeihauptkommissar (PHK) Rainer Fuchs,
Leiter des Projekts
»Rennen« im Polizeipräsidium (PP) Köln*

AUFBAU DER BAO RENNEN

Mit dem Ziel, illegale Kraftfahrzeugrennen und andere damit im Zusammenhang stehende Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr wirkungsvoll zu bekämpfen, richtete die Direktion Verkehr der Polizei Köln im Mai 2015 die Besondere Aufbauorganisation (BAO) »Rennen« ein. Zunächst umfasste die BAO die Einsatzabschnitte Aufklärung, Ermittlungen, taktische/operative Maßnahmen und Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (EPÖA). Mit Fortschreiten der BAO wurde die Struktur angepasst und Teilziele definiert, um die Raser- und Rennszene erfolgreich zu bekämpfen.

Zu diesen Teilzielen zählten:

- > Erfassen illegaler Kraftfahrzeugrennen und der beteiligten Personen/KFZ
- > Verfolgen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit illegalen Kraftfahrzeugrennen (u. a. nicht angepasste Geschwindigkeit)
- > Verhindern illegaler Kraftfahrzeugrennen durch operative und präventive Maßnahmen





PHK Rainer Fuchs bekämpft entschlossen die Kölner Raser-Szene.

Als Maßnahmen wurden unter anderem definiert:

- > technische Überprüfung der Fahrzeuge und deren Sicherstellung bei dem Verdacht des Erlöschens ihrer Betriebserlaubnis
- > einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- > Dokumentation der Maßnahmen und Führung eines Lagebildes
- > Gefährderansprachen und Erstellung/Umsetzung eines Präventionskonzeptes
- > Controlling

Taktisch-operative Maßnahmen wurden täglich zu den einsatzrelevanten Zeiten in den Abend- und Nachtstunden durchgeführt. Gezielte Geschwindigkeitsüberwachung auf den bekannten »Rennstrecken« und in der Szene und deutlich wahrnehmbare Schwerpunkteinsätze mit medialer Begleitung rundeten das Paket ab.

NETZWERKARBEIT ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Die bisherige Aufklärung, Ermittlungen und die operativen Erfahrungen erhellten die Szene und machten deutlich, dass allein mit herkömmlichen polizeilichen Maßnahmen kein nachhaltiger Erfolg zu erzielen sein würde. In einem Netzwerk mit anderen Verantwortungsbereichen, insbesondere der Stadtverwaltung Köln, >



Foto: Kölnische Rundschau

Durch verstärkte Kontrollen konnten im Kölner Raum bereits viele manipulierte Fahrzeuge sichergestellt werden.

DREI VERKEHRSunFÄLLE DURCH RASER – DREI TOTE

26. März 2015, Ecke Aachener Str./Brüsseler Str.

Ein 19-jähriger und ein 20-jähriger Pkw-Führer verabreden nach Zeugenaussagen auf der Aachener Straße ein Kraftfahrzeugrennen. An der Kreuzung Aachener Straße/Brüsseler Straße missachtet der 20-jährige mit hoher Geschwindigkeit das Rotlicht der dortigen Lichtzeichenanlage und prallt gegen ein Taxi. Ein Fahrgast wird im Fahrzeug schwerstverletzt und erliegt später seinen Verletzungen.

14. April 2015, Auenweg

Zwei 22 Jahre alte Pkw-Führer veranstalten auf dem Auenweg ein Kraftfahrzeugrennen. Eines der Fahrzeuge

schleudert über die Gegenfahrbahn auf den Gehweg und erfasst dort eine 19-jährige Radfahrerin, die später ihren schweren Verletzungen erliegt. Die Schleuderspurr des Unfallverursachers beträgt 130 Meter.

10. Juli 2015, Ecke Aachener Str./Innere Kanalstraße

Eine 35-jährige Pkw-Führerin befährt die Aachener Straße stadtauswärts. Kurz vor der Kreuzung beabsichtigt sie, einen Fahrstreifenwechsel nach rechts vorzunehmen. Von hinten nähert sich ein BMW mit überhöhter Geschwindigkeit und kollidiert mit ihrem Fahrzeug, er kommt ins Schleudern, überschlägt sich und erfasst anschließend einen 26-jährigen Fahrradfahrer, der aufgrund seiner schweren Verletzungen verstirbt.

konnte eine schnelle und standardisierte Vorgangsbearbeitung mit der örtlichen Bußgeld- bzw. Führerscheinstelle und dem Straßenverkehrsamt realisiert werden. Um einen effizienteren Einsatz der technischen Geschwindigkeitsüberwachung der Stadt Köln und der Polizei zu erreichen, wurde die Technik mit den Erkenntnissen aus der BAO Rennen angepasst und auf die örtlichen Begebenheiten abgestimmt.

Zur technischen Überprüfung von sichergestellten Kraftfahrzeugen wurde der TÜV einbezogen. Szenetypische Fahrzeuge zumeist älteren Baujahres fielen durch technische Veränderungen auf, beispielsweise Leistungssteigerungen, Manipulationen am Fahrwerk oder an der Abgasanlage. Dadurch wurden Geräuschemissionen sowohl während der Fahrt, als auch im Stand erheblich erhöht. Eine Vielzahl dieser Veränderungen führte aufgrund bestehender Verkehrsunsicherheit zu einem Erlöschen der Betriebserlaubnis und damit zur Stilllegung des Fahrzeuges. Martin Lotz, Leitender Polizeidirektor (LPD) der Leitung Direktion Verkehr, lobt die Fortschritte der BAO im Kampf gegen die Raser: »Manipulierte Fahrzeuge sicherzustellen und zur Erstellung eines gerichtsverwertbaren Gutachtens vorzuführen, hat sich als probates Mittel im Kampf gegen die illegale Raser- und Tuningszene erwiesen.« Das konsequente Eingreifen zeigt spürbare Wirkung: »Seit Beginn der Maßnahmen haben wir mehr als 500 Fahrzeuge wegen des Verdachts der Verkehrsunsicherheit und des Erlöschens der Betriebserlaubnis sichergestellt. Bis zum heutigen Tag wurden im Projekt Rennen mehr als 200 Anzeigen erstattet.« Die Netzwerkarbeit hat sich im Kampf gegen die Szene bezahlt gemacht.

Eine intensive Fortbildung innerhalb der eigenen Organisation (Wachdienst, Bereitschaftspolizei, Führungskräfte der AAO) mit Schwerpunkten im Bereich unangepasste Geschwindigkeit, illegaler Kraftfahrzeugrennen und dazugehörige Straftatbestände sowie Erlöschen der Betriebserlaubnis und technische Fahrzeugüberprüfung sicherten den Einsatzerfolg.

Parallel dazu wurde durch die Stadt Köln die Aktion »110 – Null Toleranz für Raser« initiiert. Beteiligt waren daran neben der Polizei Köln auch weitere Partner, darunter RTL West. Im gesamten Kölner Stadtgebiet wurden Großplakate verbreitet und in Zusammenarbeit mit RTL West YouTube-Videos produziert, die unter Teilnahme geeigneter Internetprotagonisten die Zielgruppe Raser erreichen sollten.

Die folgenschweren Verkehrsunfälle im April und Mai 2015 fanden bundesweit mediales Interesse. Bis zum heutigen Tage wurden durch die BAO und das folgende Projekt »Rennen« mehr als 100 Medienanfragen beantwortet, von kurzen Interviews bis hin zu mehrtägigen Begleitungen der Einsatzkräfte für überregionale Fernsehberichterstattungen. Aus anderen Bundesländern, die sich mit der gleichen Problematik auseinandersetzen, erhielt das Projekt Rennen ebenso Anfragen wie auch von Kolleginnen und Kollegen auf dem »kleinen Dienstweg«. Nahezu täglich konnten Fragestellungen aus den umliegenden Polizeibehörden beantwortet und auch Hospitationen realisiert werden. >

»Im Zusammenspiel aus konsequenter operativer Aufgabenwahrnehmung, standardisierter Vorgangsbearbeitung durch bevorzugte Sachbearbeitung und unmittelbare Weiterleitung an die Bußgeldstelle und das Straßenverkehrsamt konnte spürbarer Druck auf die Szene ausgeübt werden.«

*Leitender Polizeidirektor (LPD) Martin Lotz,
Leiter Direktion Verkehr im PP Köln*



LPD Martin Lotz

VON DER BAO ZUM PROJEKT »RENNEN«

Die Bekämpfung der illegalen Kraftfahrzeugrennen und der Raser- und illegalen Tuningszene hat für die Polizei Köln eine durchgehend hohe Priorität. Im April 2016 wurde die Arbeit der BAO Rennen in eine Projektstruktur überführt fortgesetzt. Einsatzzeiten und Einsatzräume wurden der Erkenntnis- und Witterungslage flexibel angepasst und das bisherige polizeiliche Konzept mit Schwerpunkt in der Repression, verbunden mit maßnahmen-/einsatzbegleitender Öffentlichkeitsarbeit strategisch erweitert, um nachhaltige Erfolge zu erzielen.

Im Laufe des Jahres 2016 konnte das Projekt Rennen seine Arbeit erfolgreich fortsetzen, nicht zuletzt auch durch temporäre personelle Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Direktion GE (Gefahrenabwehr/Einsatz) und dem Projekt aus der eigenen Direktion verstärkte zugewiesene Kräfte.

Dank der interessanten Aufgabenstellung des Projektes gelang es trotz der unattraktiven Einsatzzeiten problemlos, interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Die grundsätzliche Bereitschaft, vermehrt nachts und auch an Wochenenden zu arbeiten ist bei vielen Kolleginnen und Kollegen ohnehin vorhanden. Ebenso das erforderliche Fortbildungsinteresse und eine hohe Motivation, als Polizei derartige Verhaltensweisen unterbinden zu wollen. Neben der theoretischen Schulung der Mitarbeiter wurden auch die fahrpraktischen Fähigkeiten anforderungsgerecht durch ein spezielles Fahrsicherheitstraining des PP Köln optimiert.

Parallel zur Personalgewinnung erfolgte eine Sensibilisierung des Wachdienstes für das Thema illegale Kraftfahrzeugrennen, um im täglichen Dienst beim Antreffen dieser Kraftfahrzeuge Handlungssicherheit zu erlangen.

Zudem nutzte das Projekt in dieser besonderen Einsatzlage zusätzliche technische Mittel wie Schallpegelmessgeräte. Überdies ist eine neue Verfügung des PP Köln zur qualifizierten Unfallaufnahme bei Raser- und Rennunfällen in Kraft getreten.

/// Rainer Fuchs, PP Köln



Der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies verschaffte sich vor Ort einen Eindruck von den Kontrollen.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Gem. § 29 Stvo Abs. 1 sind Rennen mit Kraftfahrzeugen verboten. Die dazugehörige Verwaltungsvorschrift führt dazu aus:

»Rennen« sind Wettbewerbe oder Teile eines Wettbewerbs sowie Veranstaltungen zur Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten mit Kraftfahrzeugen. Auf die Art des Starts kommt es dabei nicht an. Unter den Rennbegriff wird auch die Ermittlung einer höchsten Durchschnittsgeschwindigkeit eingeordnet.

Dabei müssen die beispielhaft aufgeführten Kriterien nicht alle zusammen vorliegen. Selbst ein einzelner Aspekt kann dazu führen, dass es sich um ein illegales Rennen handelt.

Ein richtungsweisendes Urteil des OLG Hamm vom 05.03.2013 (AZ -III-1 RBs 24/3) half:

»Ein Rennen im Sinne des § 29 Abs. 1 Stvo ist ein Wettbewerb oder Wettbewerbsteil zur Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten mit Kraftfahrzeugen, bei denen zwischen mindestens zwei Teilnehmern ein Sieger durch Erzielung einer möglichst hohen Geschwindigkeit ermittelt wird. Einer vorherigen Absprache aller Beteiligten bedarf es nicht.«

Folgende Merkmale sprechen folglich für ein illegales Kraftfahrzeugrennen:

- > Beteiligung von mindestens zwei Fahrzeugen
- > renntypisches Aufstellen bzw. Verhalten z. B. an einer Lichtzeichenanlage
- > hohe gefahrene Geschwindigkeiten (z. B. nebeneinander auf einer zweispurigen Straße)
- > gefährliche Überholmanöver oder das Fahren Stoßstange an Stoßstange
- > kurze Beschleunigungsfahrten

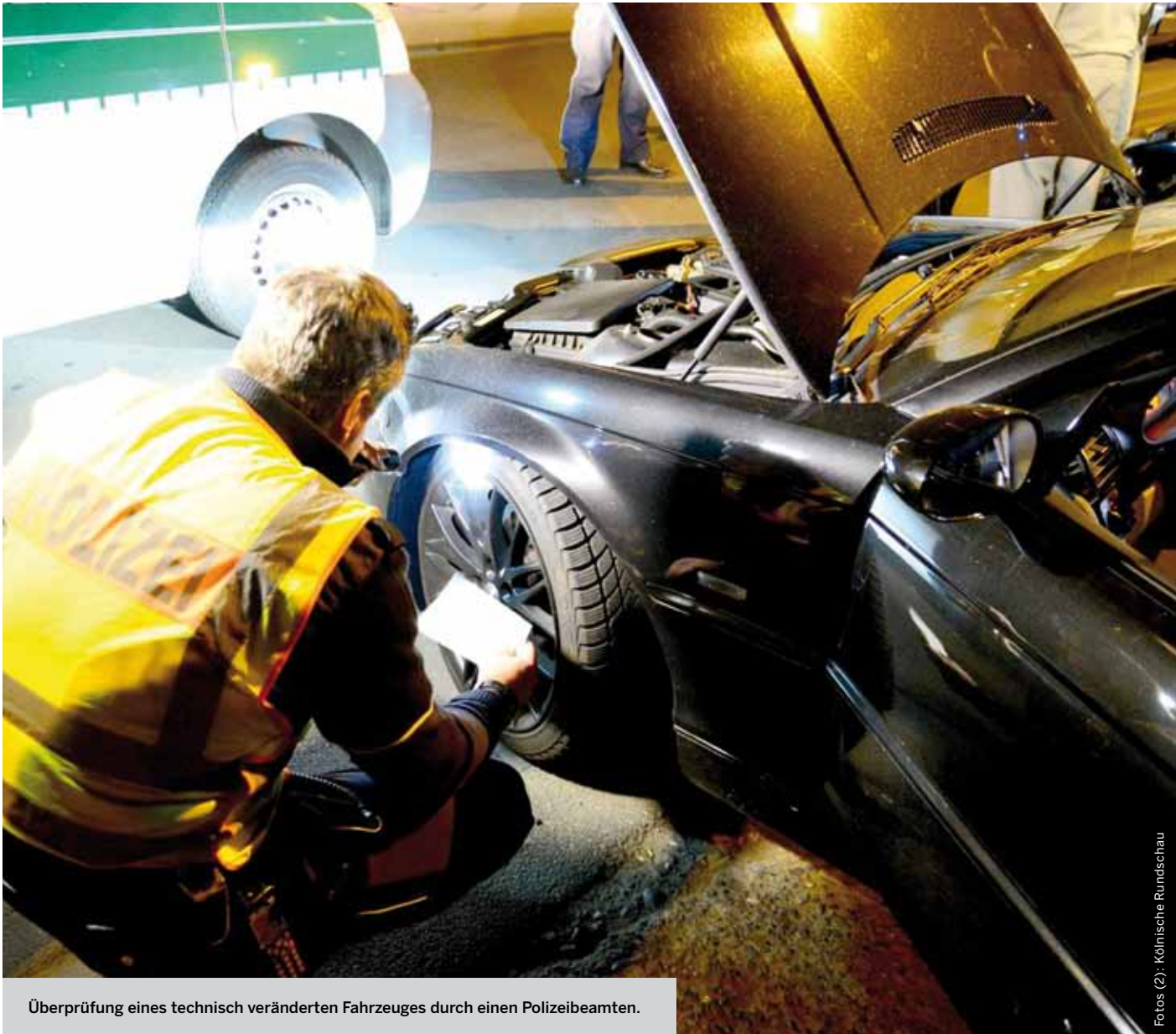
KONTAKT

Das Projekt Rennen ist erreichbar unter
Projektleitung PHK Rainer Fuchs
Vertretung/Geschäftsführung PHK Fabian Ebel
Rainer Fuchs: 0221-229-6131
Fabian Ebel: 0221-229-6136
Projekt_Rennen.Koeln@polizei.nrw.de

@ Ausführliche Hintergrundinformationen sind abrufbar unter:
»Verkehr« auf der Intranetseite des Polizeipräsidiums Köln

<http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/verkehrssicherheit/null-toleranz-fuer-raser>





Überprüfung eines technisch veränderten Fahrzeuges durch einen Polizeibeamten.

Fotos (2): Kölnische Rundschau

Sicherheitsprogramme der Kreispolizeibehörden Die Bedeutung von Führung im Steuerungsprozess

Wenn die Kreispolizeibehörden dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste zum 15.03. eines jeden Jahres ihre Sicherheitsbilanzen übersenden, haben sie hieran zuvor intensiv gearbeitet. Die Direktionen bilanzieren ihre im Sicherheitsprogramm abgebildeten Aktivitäten, mit denen die Fach- und Behördenstrategien umgesetzt wurden.

Ob die Aktivitäten angepasst oder ob aufgrund aktueller sicherheitsrelevanter Entwicklungen neue Schwerpunkte gebildet werden, ist das Ergebnis der Bilanzierung. Durch die jährliche Bilanzierung und Anpassung der Sicherheitsprogramme entsteht ein Strategieprozess mit hohem praktischem Nutzen für die Kreispolizeibehörden. Sie wissen hierdurch, wo der Schuh drückt und können darauf reagieren. Der Leitungsstab ist in diesem Strategieprozess zwischen den Direktionen oftmals die verbindende Klammer. Ob aber in der Kreispolizeibehörde die Inhalte der Sicherheitsprogramme tatsächlich gelebt werden, liegt an der Kommunikationsbereitschaft der Führungskräfte aller Hierarchieebenen.

Die transparente Darstellung des Sicherheitsprogramms macht allen Kolleginnen und Kollegen deutlich, dass ihre Arbeit Grundlage und Erfolg ihrer Kreispolizeibehörde ist. Sie sehen unmittelbar den Nutzen ihrer Arbeit. Die Verfolgung von Verkehrsverstößen, die Aufklärung einer Straftat oder die schnelle Reaktion auf polizeilich relevante Einsatzeinsätze sind für jede Polizeibeamtin und jeden Polizeibeamten Selbstverständlichkeit und Herausforderung zugleich. Sie kennen ihren Polizeibeizirk und wissen wo sie zum Beispiel verstärkte Präsenz zeigen müssen, weil sich dort Straftaten, Verkehrsunfälle oder Einsatzeinsätze häufen.

Es liegt an den Führungskräften auf allen Ebenen, den Sinn von Strategie und die damit einhergehenden Prozesse zu erklären. Über die Strategiefindung und -formulierung, dem Vereinbaren von Zielen, der Bewertung von Kennzahlen, der Bilanzierung und letztlich der Fortschreibung der Strategie werden Ressourcen zielgerichtet in der Behörde gesteuert. Dieser Prozess muss kommuniziert werden, da sonst für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter plötzlich der praktische Nutzen verloren geht, wenn selbstverständliche Maßnahmen als Aktivitäten in Fach- oder Behördenstrategien gebündelt werden. Der Sinn von Strategie wird dann nicht selten hinterfragt.

Identifikation und Vorbild

Führungskräfte müssen sich mit ihren Aufgaben identifizieren für die sie im Sicherheitsprogramm verantwortlich sind. Nur wer den Sinn des eigenen Beitrags erkennt, wird seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren, sich für diese Ziele einzusetzen. Die positive Einstellung der Führungskräfte ist hier von entscheidender Bedeutung – schließlich sind diese für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtige Vorbilder.

Die vereinbarten Handlungsschwerpunkte müssen gelebt und zum Gegenstand fortlaufender Befassungen der Führungskraft mit den Kolleginnen und Kollegen werden: Haben wir unsere Aktivitäten umgesetzt? Wo liegen Gründe für bestimmte Entwicklungen? Oder, was müssen wir noch unternehmen, um die gesteckten Ziele zu erreichen? Wo können wir auch einmal Luft holen - wo gelingt Regeneration bei permanenter Belastung? Dies sind nur einige der Fragen, die monatlich oder quartalsweise in den Blick genommen werden müssen. >

»Sicherungsprogramme sind Steuerungs-
werkzeuge der Behörden und werden nicht für
die Galerie oder das Ministerium geschrieben«

Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei NRW



Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei NRW

»Führungskräfte formen ihr Team und sorgen für erfolgreiche Arbeit und Motivation«


Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei NRW

Zusammenhänge erklären/Transparenz herstellen

Viele Abstimmungen und Schwerpunktsetzungen werden in Leitungskonferenzen und anderen Besprechungen vorgenommen. Es liegt in der Natur der Sache, dass dabei nicht immer alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen werden können. Daher ist es wichtig, dass Führungskräfte den Strategieprozess erklären und Informationen transportieren. Nur so können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Hintergründe für Entscheidungen nachvollziehen und werden nicht durch Informationslücken demotiviert. Das ist vor allem dann wichtig, wenn es gilt, an übergeordneten Zielen mitzuarbeiten. Hier kann schnell der Eindruck entstehen, dass man »wieder einmal andere Dienststellen unterstützen muss, die alleine ihre Ziele nicht erreichen können«. Nur wenn Führungskräfte über die Hintergründe aufklären, kann auch bei allen Kolleginnen und Kollegen die Bereitschaft zur Unterstützung erzeugt werden.

In Zeiten immenser Informationsmengen ist es eine besondere Herausforderung für die Führungskräfte, die vielen Informationen adressatengerecht zu steuern. Insbesondere dann, wenn andere Dienststellen oder Direktionen Beiträge für ein anderes Themenfeld leisten sollen, braucht es einen guten Informationsfluss und Überzeugungsarbeit. So ist eine gute Erkenntnislage durch qualitativ hochwertige Beobachtungs- und Feststellungsberichte zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs in allen Behörden des Landes ein Thema von zentraler Bedeutung. Die nötige Sensibilität bei möglichst allen Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes und anderen operativen Bereichen herzustellen, benötigt aber Kommunikationsbereitschaft und gut eingespielte Prozessabläufe. Hierbei können die Leitungsstäbe der Kreispolizeibehörden durch eine gute und gezielte interne Öffentlichkeitsarbeit wichtige Unterstützungsarbeit leisten.

Viele Kreispolizeibehörden nutzen bereits vielfältige Medien, um ihre Mitarbeiter auch über die Inhalte des Sicherheitsprogramms zu informieren. Dabei muss es längst nicht bei einem Artikel im Intranet bleiben. Einige Behörden haben


Sicherheitsprogramm 2015

1. Behördenstrategische Ziele

1.1. <Beschreibung Behördenstrategisches Ziel 1>

Gesamtverantwortlich:									
Kennzahl(en)		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Soll								
	Ist								
Ggf. weitere Kennzahl(en)									
	Soll								
	Ist								

Ausgangssituation

Zusammengefasste Erkenntnisse der Analyse des Themenfeldes (z.B.): Bilanz des Vorjahres, Bewertung bisheriger Aktivitäten, Zeitreihenvergleiche, Ursachenannahmen, Einflussfaktoren

Strategische Ansätze

Aus Ursachenannahmen und Einflussfaktoren abgeleitete, erfolgskritische strategische Ansätze

Aktivitäten/ Verantwortlichkeiten

Strategische Ansätze / Aktivitäten	Verantwortlich	Kennzahl (optional)	Soll	Ist
Strategischer Ansatz 1				
Aktivität 1				
Aktivität 2				
Ggf. weitere Aktivitäten				
Strategischer Ansatz 2				
Aktivität 1				
Aktivität 2				
Ggf. weitere Aktivitäten				
Ggf. weitere Strategische Ansätze				
Aktivität 1				

Bewertung

Die Behörde bewertet selbstständig ihre eigene Vorgehensweise und bezieht dazu Stellung (z.B.): Konnten die Ziele im Themenbereich erreicht werden? Waren die Ursachenannahmen zutreffend? Waren die strategischen Ansätze geeignet, das Gesamtziel zu erreichen? Konnten die Aktivitäten durchgeführt werden, waren sie geeignet, die strategischen Ansätze zu unterstützen?

Anpassung

Konsequenzen aus der Bewertung (z.B.): Muss der Themenbereich weiter als behördenstrategisches Ziel bearbeitet werden? Müssen andere strategische Ansätze fokussiert werden? Ist die Aktivitätenplanung anzupassen?

Weitere Vorgehensweise
Unverändert
Angepasst
Keine Weiterführung

Raster eines Sicherheitsprogramms, welches den Steuerungskreislauf abbildet.

bereits gute Erfahrungen mit Flyern oder Beiträgen in der Behördenzeitung gemacht, in denen die wichtigsten Informationen für alle Mitarbeiter zusammengefasst waren. Der Kreativität sind aber auch hier keine Grenzen gesetzt.

Beteiligung und Dialog

Ein guter Strategieprozess braucht aber mehr als die bloße Information über Entwicklungen und Entscheidungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind diejenigen, die ihre Kreispolizeibehörde, das Einsatzgeschehen, die Kriminalitätslage, aber auch die Potentiale am besten einschätzen können. Die Einbeziehung dieses Wissens in die Entscheidung über die Schwerpunktsetzungen und Aktivitäten ist ein unschätzbare Wert. Zudem machen sich die Kolleginnen und Kollegen umso engagierter an die Umsetzung von Zielsetzungen, wenn sie sie selbst beeinflussen konnten. Eine Strategietagung der Direktion oder auch auf Behördenebene kann dazu beitragen, ein »Wir-Gefühl« für das Sicherheitsprogramm zu wecken. Dabei müssen es bei überschaubaren Fragestellungen nicht immer zeitintensive Besprechungen mit hohem Vorbereitungsbedarf sein. Beteiligung kann auch über E-Mail oder Online-Befragungen erfolgen.

Wichtig ist auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Folge einzubeziehen, wenn es darum geht, die Umsetzung im Blick zu halten, Anpassungen zu beraten und vorzunehmen sowie Bilanz zu ziehen. Eine intensive und möglichst unmittelbare Kommunikation zwischen Behördenleitung und den Mitarbeitern verbessert die Informationslage sowie die Motivation für die gemeinsamen Ziele.

Vermittler und Entscheider

Der Entscheidung über die strategische Ausrichtung einer Kreispolizeibehörde sollte immer eine intensive Sicherheitsanalyse vorausgehen. Erst ein umfassendes Lagebild in den relevanten Lagefeldern ermöglicht sachgerechte Entscheidungen über erforderliche Schwerpunktsetzungen. In Zeiten knapper Ressourcen wird es dabei niemals möglich sein, alle Problemstellungen mit gleicher Intensität anzugehen. Bereichsegoismen sind dabei völlig verfehlt. Letztlich ist entscheidend, dass die Polizei die öffentliche Sicherheit gewährleistet und das positive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen der Bürger stärkt. Die erforderlichen Schwerpunktsetzungen können im Idealfall nach einem breiten Dialog und dem Austausch von Argumenten im Konsens entstehen. Im Zweifel sind sie aber auch durch eine Entscheidung der Führungskraft zu klären, diese Verantwortung zu übernehmen gehört zu ihren Aufgaben.

Dazu gehört auch, sich in der Folge an den formulierten Erwartungen messen zu lassen. Insoweit ist es nur konsequent, wenn die im Rahmen der Behördenstrategie, der Fachstrategien oder auch einzelnen Aktivitäten vereinbarten Maßnahmen in das Mitarbeitergespräch einfließen und dort als Ziel zwischen Führungskraft und Mitarbeiter/in vereinbart werden.

/// Stephan Zenker, MIK NRW



Foto: Jochen Tack



Auf Streife im Schifffahrtsverkehr Die Wasserschutzpolizei NRW sucht Verstärkung

Auf etwa 900 Kilometern schiffbaren Wasserstraßen mit 260.000 Schiffsbewegungen pro Jahr sorgt die Direktion Wasserschutzpolizei des Polizeipräsidiums Duisburg für die Sicherheit im Schiffsverkehr in NRW. Auch Polizeibeamtinnen und -beamte, die bereits seit einigen Jahren in einer anderen Verwendung tätig sind, haben die Chance, ein neues und abwechslungsreiches Arbeitsgebiet auf den nordrhein-westfälischen Flüssen und Kanälen kennenzulernen.

Für Polizeioberkommissar (POK) Thomas Schrubba, derzeit bei der Wasserschutzwache Wesel im Einsatz, stand schon seit Beginn seines Werdeganges bei der Polizei fest, dass er sich zum WSP-Beamten fortbilden lassen wollte. »Nach bestandener Auswahlverfahren war es dann soweit. Ich wurde im September 2012 zur Direktion Wasserschutzpolizei des Polizeipräsidiums Duisburg abgeordnet. Die Fortbildung zum Beamten der WSP habe ich keine Sekunde bereut. Ich kann jeden mit Interesse an der Schifffahrt und den Aufgaben der WSP nur ermutigen, diesen Schritt zu gehen.« Tatsächlich ist der Dienst auf dem Polizeiboot eine völlig andere Herausforderung als die übrigen Tätigkeiten bei der Polizei in NRW. Der Umgang mit den vielen Geräten an Bord, die Wartung des Streifenbootes und die erforderlichen nautischen Fachkenntnisse setzen Technikaffinität und körperliche Belastbarkeit voraus. »Daher nimmt neben vielen neuen rechtlichen Vorschriften der Bereich der Technik einen großen Raum im Arbeitsalltag eines Wasserschutzpolizisten ein. Das bedeutet, dass man die technischen Einrichtungen rund um das eigene Dienstboot kennen und die Eignung zum Führen des Bootes erlernen und beherrschen muss«, erklärt POK'in Ute Hillgemann von der Wasserschutzwache

Duisburg. Vor einigen Jahren wurde Hillgemann ebenfalls durch einen Bericht in der »Streife« auf den Tätigkeitsbereich bei der WSP aufmerksam und bemühte sich daraufhin um eine Hospitation. Bei der Wasserschutzwache Duisburg lernte sie ihren neuen Beruf kennen und die Fahrten mit dem Streifenboot auf dem Rhein zu schätzen: »Es ist nach wie vor ein sehr erhabenes Gefühl auf diesem mächtigen Fluss tätig sein zu dürfen. Auch die Erzählungen über historische Hintergründe der Rheinschifffahrt sowie die spannenden Geschichten, von denen mir die Kollegen berichteten, faszinieren mich bis heute.«

Der Streifendienst mit dem Boot steht im Mittelpunkt der wasserschutzpolizeilichen Tätigkeit. Hauptaufgabe ist es, den kommerziellen Schiffsverkehr sowie den Sportbootverkehr zu überwachen. Hierbei werden Kontrollen durchgeführt und Unfallbrennpunkte überwacht. Die Beamtinnen und Beamten der WSP überwachen die Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften, insbesondere beim Transport sowie dem Be- und Entladen von Gefahrgut. Sie prüfen alle notwendigen Dokumente und Frachtpapiere sowie die Ausrüstung und die technischen Gegebenheiten. Auch bei Großveranstaltungen wie »Rhein in Flammen« oder den »Kölner Lichtern« ist die WSP im Einsatz. Hierbei liegt das Hauptaugenmerk auf der Überwachung der Sperrgebiete und dem sofortigen Eingreifen bei Gefahrenlagen. Ebenso zählt die Überprüfung der Einhaltung des Umweltschutzes auf den Gewässern zum Aufgabenbereich der WSP.

Egal ob der Schutz von Veranstaltungen, Kontrollen auf dem Wasser oder Sanktionierung von Verstößen im Zusammenhang mit dem Schiffsverkehr – das Spektrum der Aufgaben ist auch bei der WSP sehr vielfältig und abwechslungsreich. >

Fortbildung auf dem Streifenboot »WSP 1«, um die fachpraktischen und schiffahrtspezifischen Kenntnisse zu erwerben. Der Sprung ins kalte Wasser ist bekanntlich der beste Weg, um schwimmen zu lernen. Deshalb führen die Anwärtler im Abordnungsjahr von Anfang an das Streifeboot, wenn auch unter Anleitung der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, selbst. POK'in Ute Hillgemann erinnert sich noch sehr genau an ihre ersten Erfahrungen auf dem Wasser: »Es ist zunächst neu und ungewohnt das Boot zu steuern, aber es macht viel Spaß, die einzelnen Manöver zu erlernen.« Zu diesen Fahrmanövern zählen etwa das An- und Ablegen an fahrende Schiffe, das Manövrieren im engen Fahrwasser, genauso wie »Mann-über-Bord-Manöver«

oder das Notankern. Bei Schiffskontrollen blickte Kollegin Hillgemann ihren Streifenpartnern anfangs aufmerksam über die Schultern. Später lernte sie mit Hilfe der Kollegen Schritt für Schritt die Kontrollen selbstständig durchzuführen. »Die Routine im Dienst kam dann von ganz allein. Wie funktioniert die Maschine? Wie mache ich das Boot fest und was muss ich an Bord sonst beachten? All das wird von Dienst zu Dienst deutlicher«, versichert Ute Hillgemann. Direktionsleiter Wolfram Elsner betont, wie wichtig bei der Ausbildung die Nähe zur Praxis ist: »Man bewegt sich alltäglich im rechtlichen und nautischen Bereich und lernt in der Ausbildung deshalb schon sehr früh ein Polizeiboot zu führen und unter Radar zu fahren.« >

Wolfram Elsner, Leiter der Direktion Wasserschutzpolizei des Polizeipräsidiums Duisburg erklärt, zu wem der Dienst auf dem Wasser passen könnte: »Wer sich bei der WSP bewirbt, sollte viel Neugier, Eigeninitiative und Fortbildungsbereitschaft sowie ein hohes Maß an Technikaffinität mitbringen.« Für einen Wechsel zur WSP müssen einige formelle Voraussetzungen, wie beispielsweise eine dreijährige Vorverwendung im Wachdienst, ein Höchstalter von 39 Jahren zu Beginn der Abordnung sowie eine nachgewiesene Atemschuthtaglichkeit gemäß dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 vor Beginn der WSP-Ausbildung, erfüllt sein.

Direkt ins Dienstgeschehen involviert

Nach erfolgreich absolviertem Auswahlverfahren werden in den ersten sechs Monaten nach der Abordnung zur WSP im Rahmen einer Fortbildung zunächst die grundlegenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt, die zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung einer Bootsführerin oder eines Bootsführers erforderlich sind. Die Fortbildung dauert in der Regel vier Jahre und ist in mehrere Stationen unterteilt. Neben einer zweiwöchigen fachtheoretischen Einführung in die allgemeinen Grundkenntnisse erwartet die Beamtinnen und Beamten innerhalb des ersten Jahres eine dreiwöchige praxisorientierte



Nach der Hospitation stand für POK'in Ute Hillgemann der Wechsel zur Wasserschutzpolizei fest.



Fotos (3): Jochen Tack



Am Fachlehrgang führt kein Weg vorbei

Nach dem ersten Jahr folgt dann der dreimonatige Fachlehrgang »Binnen« an der WSP-Schule im Hafengebiet von Hamburg, bei dem wesentliche Kenntnisse im Schifffahrtsrecht, über die Schiffs- und Antriebstechnik, das Fahrverhalten von Schiffen und die Einflüsse von Wind und Wetter sowie verkehrsrechtliche Fragen in der Binnenschifffahrt vermittelt werden. Weiterhin führt ein zusätzlicher Lehrgang zum Erwerb des UKW-Sprechfunkzeugnisses für den Binnenschifffahrtsfunk. Die WSP-Schule in Hamburg vermittelt den Nachwuchskräften aller Bundesländer, die über eine Wasserschutzpolizei verfügen, die erforderlichen theoretischen

Kenntnisse. Alle Beamtinnen und Beamten, egal aus welchem Bundesland, müssen einen Fachlehrgang absolvieren und bestehen. »Die Fachlehrer vermitteln die Lehrinhalte mit viel Einfühlungsvermögen und stets mit einer Prise Humor«, erzählt POK'in Meike Terrey, derzeit bei der Wasserschutzpolizei Emmerich tätig. »Wer sich nach den Unterrichtseinheiten um eine vernünftige Nachbereitung des Stoffes bemüht, muss sich keine Sorgen über das Bestehen der Abschlussprüfung machen. Bis zur Zwischenprüfung sollten gut zwei Monate vergehen. In dieser Zeit versuchten die Fachlehrer, so gut es ging, uns sowohl wasserschutzpolizeirelevante Rechtsgebiete als auch Fachkenntnisse

über die Schiffstechnik mit all ihren Feinheiten näher zu bringen.« Terrey denkt gerne an ihren Fachlehrgang zurück, in dem sie auf alle Facetten ihres Berufes vorbereitet wurde. Die theoretischen Grundlagen und die erlernten Rechtsvorschriften können anschließend im täglichen Dienst angewendet, weiter vertieft und ausgebaut werden. »Diese ständige Fortbildung ist erforderlich, um mit der Entwicklung in der Schifffahrt sowohl im technischen als auch im rechtlichen Bereich mithalten zu können«, meint Thomas Schrubba. Dabei konnte er immer auf die Hilfe seiner Kolleginnen und Kollegen vertrauen, die ihm mit Rat und Tat zur Seite standen. >



Fotos (2): Jochen Tack



Umfangreiche Aufgabengebiete

Nach Abschluss aller Fortbildungsstufen folgt die Patentprüfung, die aus einem mündlichen und einem praktischen Teil besteht und von einer direktionsinternen Prüfungskommission durchgeführt wird. Auf die Prüflinge warten Fragen von der Maschinen- bis zur Knotenkunde. Außerdem steht eine praktische Fahrprüfung mit dem Streifenboot an. Schrubba beschreibt, was er den Prüfern bei seiner Bootsfahrprüfung auf dem Rhein demonstrieren musste: »Nach einigen einfachen Manövern und einem »Ring-über-Bord-Manöver« folgte das Anlegen an ein Binnenschiff in der Bergfahrt, so dass ein Kollege gefahrlos hätte übersteigen können.« Weiterhin wurde bei der Einfahrt in den Hafen noch der Ausfall einer Antriebsmaschine simuliert. Schrubba meisterte auch diese Übung trotz Anspannung mit Bravour. »Mithilfe des Notruders und einer Antriebsmaschine fuhr ich zurück in den Stadthafen. Hier musste ich mittels Notrudderanlage am Bootssteg anlegen und zusammen mit der Besatzung das Boot festmachen.« Kurz darauf erhielt er vom Prüfer die freudige Mitteilung, dass er »bestanden« hat. Schrubba erhielt seinen Polizeibootsführerschein und das Behördenpatent. Direktionsleiter Wolfram Elsner weiß, dass von jedem Anwärter während der vierjährigen Ausbildung einiges abverlangt wird: »Die Kollegen bestehen in der Regel mit gesundem Fleiß und genügend Neugierde erfolgreich ihre Prüfungen. Ein hohes Maß an Eigeninitiative sollte jedoch jeder mitbringen.« // Alexander Lorber



ANSPRECHPARTNER BEI DER WSP

Wer sich jetzt für den Polizeidienst auf dem Wasser berufen fühlt oder nach langjähriger Einsatzzeit im Wachtdienst etwas Neues ausprobieren möchte, sollte sich unter der Rufnummer 0203/280-3010 (Sachgebiet 1) bei der Führungsstelle der WSP melden und informieren. Sowohl im Rheinbereich als auch im Kanalbereich sind in diesem Jahr wieder neue Stellen zu besetzen. Vorgelagerte Hospitationen werden ausdrücklich begrüßt.

Libanesischen Familienclans in NRW Einhalt gebieten KEEAS – ein mit EU-Mitteln gefördertes Analyseprojekt des Landeskriminalamts (LKA) NRW



KEEAS

Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte
geprägt durch ethnisch
abgeschottete Subkulturen

Logo/Key-visual: LKA NRW

Das Projekt KEEAS (»Kriminalitäts- und Einsatzschwerpunkte geprägt durch Ethnisch Abgeschottete Subkulturen«) befasst sich mit den Strukturen libanesischer Familienclans in NRW und will Lösungen entwickeln, wie sich die Polizei in NRW im Kampf gegen die von diesen Clans ausgehende Kriminalität künftig besser aufstellen kann.

Da für werden möglichst alle relevanten Erkenntnisse zu den libanesischen Familienclans zunächst zusammengeführt und bewertet. Anschließend identifiziert die Projektgruppe im LKA NRW polizeiliche Einflussmöglichkeiten und entwickelt Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Aufgabebewältigung (Einsatz-/Kriminalitätsbereich). Vor allem will sie dazu beitragen, die polizeilichen Rahmenbedingungen zur Erkennung und Zerschlagung der von diesen Clans gebildeten kriminellen Netzwerke zu verbessern. Darüber hinaus soll das Projekt aber auch helfen, – wo notwendig – polizeiliche Kompetenzen im Rahmen der Einsatzwahrnehmung in den von diesen Gruppen geprägten Räumen zu erweitern.

Massentumulte unter Beteiligung libanesischer Familienclans in NRW

Drei Einsatzsituationen verdeutlichen beispielhaft, welchen schwierigen Umständen sich polizeiliche Kräfte vor Ort durch Mitglieder libanesischer Familienclans ausgesetzt sehen:

- > Im Juni 2015 führt der WDR im Rahmen einer Fernsehproduktion Dreharbeiten an einem einschlägig bekannten Drogen-Umschlagplatz in einer Ruhrgebietsstadt durch. Gäste einer nahegelegenen Teestube fühlen sich durch die Filmaufnahmen provoziert. Innerhalb kürzester Zeit entwickelt sich eine tumultartige Situation unter Beteiligung von rund 300 Personen, die aus nahegelegenen Städten kurzfristig anreisen.
- > Wenige Tage später rotten sich in der selben Stadt anlässlich der Aufnahme eines Verkehrsunfalles durch Polizeivollzugsbeamte in kurzer Zeit 100 Personen zusammen. Bei der Kontrolle zweier Personen, bei denen Cannabisgeruch festgestellt und das Mitführen von weiteren Drogen vermutet wird, können sich zwei Polizeivollzugsbeamtinnen vor Angriffen nur durch die Androhung des Schusswaffengebrauches sichern.
- > Im September 2016 liefern sich in einer niederbergischen Kleinstadt etwa 175 Personen eine Massenschlägerei, die die Polizei stundenlang in Atem hält. Diese Situation resultiert aus einer bereits länger schwelenden Auseinandersetzung zwischen ortsansässigen Angehörigen libanesischer Familienclans sowie Mitgliedern einer örtlichen Rockergruppierung.

Einen regionalen Schwerpunkt dieser Entwicklungen bilden dabei Stadtteile bzw. Straßenzüge einiger Ruhrgebietsstädte. Betroffen sind darüber hinaus auch weitere Städte in NRW.

Respektlosigkeit und Gewalteskalation

Die drei gerade geschilderten Ereignisse haben in den Medien, der Öffentlichkeit und der Politik intensive Diskussionen über – aus kriminalistischer Sicht – besonders belastete Gebiete und den in diesen Räumen ansässigen ethnisch abgeschotteten Subkulturen in Gang gesetzt. In den betroffenen Gebieten ist eine erhebliche Kriminalitätsbelastung im Bereich der Drogen-, der Gewalt- und allgemein der Straßenkriminalität festzustellen. Polizeiliche Lagebilder und Analysen machen zudem deutlich, dass in Bereichen verschiedener Städte in NRW größere Personengruppen mit Migrationshintergrund die ursprünglich ortsansässige Bevölkerung durch aggressives Auftreten, durch Ordnungsstörungen und Straftaten einschüchtern und die Straßen für sich reklamieren.

In diesem Zusammenhang berichten Polizeibeamte über offenkundige Feindseligkeiten ihnen und Mitarbeitern der Ordnungsbehörden gegenüber. Diese äußern sich in einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und in Gewalteskalationen mit dem Ziel, polizeiliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden.

Dieses Verhalten entspricht besonders dem Selbstverständnis der jüngeren Generation der Projektzielgruppen, die überproportional aktiv und im Kontakt mit behördlichen Institutionen besonders problematisch sind.

Im Fokus: »Echte« Libanesen und Mhallamiye

Bei den auffälligen Personengruppen, die sich in der Regel über die Ethnie sowie die Zugehörigkeit zu einem Familienverbund definieren, handelt es sich sehr oft um Angehörige der aus der Türkei bzw. dem Libanon stammenden Bevölkerungsgruppe der Mhallamiye sowie um Personen libanesischer Herkunft. Das lässt sich auch als Ergebnis verschiedener polizeilicher Auswertungsprojekte empirisch belegen. KEEAS konzentriert sich deswegen auf diese Gruppen. Deren über Generationen angewendete Verhaltensmuster haben seit der Flüchtlingsbewegung der 1980er-Jahre auch in NRW zu Ghettoisierungen und Kriminalitätsbrennpunkten geführt. Inzwischen sind selbst Einschüchterungsversuche behördlicher Institutionen und Beeinflussungen von Zeugen bei Gerichtsverhandlungen festzustellen. >

EU-Unterstützung und zahlreiche Projektpartner

Im Mai 2016 stellte das LKA NRW einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem »Inneren Sicherheitsfonds, Teilbereich Sicherheit« der EU-Fondsverwaltung (Internal Security Funds). Von dem Geld werden Ausrüstungsgegenstände angeschafft, die man für die Verbesserung der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung an Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkten benötigt und es werden die projektbezogenen Personalkosten teilfinanziert.

Im Oktober 2016 wurde der Antrag genehmigt, sodass Anfang November 2016 mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen begonnen werden konnte.

Als Partner nehmen das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, das Zollkriminalamt/Zollfahndungsamt Essen sowie die Polizei Bremen und das Landeskriminalamt Niedersachsen am Projekt KEEAS teil.

Da es in Dänemark, in Schweden und zum Teil auch in Belgien ähnliche Probleme mit libanesischen Familienclans gibt, wurden über Europol bereits erste Gespräche zur Zusammenarbeit mit den Polizeien dieser Länder geführt.

Auftaktveranstaltung mit zahlreichen Gästen

Eine Auftaktveranstaltung im LKA NRW markierte Ende November 2016 den sichtbaren Beginn des auf zwei Jahre angelegten Projekts, das seitens des LKA NRW verantwortet und im Dezernat 14 (ASTOK) geführt wird.

Dabei erläuterte der Rechts- und Islamwissenschaftler Prof. Mathias Rohe von der Universität Nürnberg-Erlangen nicht nur die historischen sozial-gesellschaftlichen Hintergründe zu den Projektzielgruppen, sondern auch deren heutiges, immer noch traditionell-geprägtes Verhalten. Er sprach Gründe der Kriminalitätsentwicklung an und unterbreitete Vorschläge für Gegenmaßnahmen.

Charlotte Opresnik, Vorsitzende Richterin des Landgerichts (LG) Stade, schilderte neben justiziellen Aspekten wie rechtlichen Schranken und Verfahrenshemmnissen insbesondere ihre mitunter leidvolle, unmittelbare persönliche Betroffenheit durch massive Bedrohungen seitens Zielgruppenangehöriger.

Christian Kromberg, Beigeordneter der Stadt Essen und Verwaltungsvorstand des dortigen Geschäftsbereiches »Allgemeine Verwaltung, Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung«, brachte die kommunalpolitische Bedeutung des Projektthemas und zum Teil erschreckende Erfahrungsberichte aus dem Bereich der Ordnungsämter und Ausländerbehörden mit ihrer schwierigen Arbeit in Bezug auf die Zielgruppen ein.

Perspektiven nach KEEAS-Projektende

Klar ist, dass dieses polizeiliche Projekt nicht die mit den in Rede stehenden ethnischen Gruppierungen verbundene transnationale Gesamtproblematik lösen können. KEEAS konzentriert sich daher auf den polizeilich beeinflussbaren Teil und wird ggf. Anstöße auch in externe Bereiche setzen.

Da jedoch vermutlich die Mehrheit der in NRW ansässigen Angehörigen der Problemgruppen weder ganz allgemein noch durch mögliche Auswirkungen des Projekts im positiven Sinne erreichbar sein wird, geschweige denn die Mehrheit dieser Menschen in Deutschland, erscheinen langfristig tragfähige Lösungen schwierig; »die Libansen« lassen sich weder alle vollständig integrieren noch abschieben.

Mit delinquentem und/oder besonders aggressivem Verhalten als oftmals erlebtem »Erfolgsmodell« für diese Gruppen wird sich die Polizei nicht nur in NRW deshalb auch zukünftig verstärkt auseinandersetzen müssen. /// Frank Mückenhausen, LKA NRW



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.

VIER HANDLUNGSFELDER VON »KEEAS«

Operative Erkenntnisse zur Ermittlungsunterstützung und vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung

Dazu werden in den Kriminalhauptstellen (KHSt) in NRW, aber auch von den Projektpartnern, Informationen zur kriminalistischen Relevanz der Zielgruppen erhoben. Operativ verwertbare Informationen werden in einer Datenbank (CASE NRW) zusammengeführt. Die Informationsgewinnung wird u. a. gefördert durch den vom Projektbudget finanzierten und den KHSt im nächsten Schritt zur Verfügung gestellten Einsatzmitteln wie Kennzeichenscanner und mobile Fast-ID-Systeme.

Visualisierung der Lagedarstellung und -bewertung

Das LKA NRW wird raumbezogene Analysen unter Einsatz eines Geo-Informationssystems (GIS-Anwendung zur brennpunktorientierten Lagedarstellung und Ermittlungsunterstützung) durchführen. Die Maßnahmen erfolgen in enger Kooperation mit den betroffenen KHSt

und haben sowohl eine präventive (Lagebilderstellung) als auch repressive (verbesserte Kriminalitätsbekämpfung) Ausrichtung.

Erarbeitung von Handlungsempfehlungen im Sinn eines »Best-Practice«-Ansatzes

Im Anschluss an eine bereits erfolgte Literaturrecherche sowohl zur Ethnie als auch zur Bedeutung urbaner Räume im Kontext abweichenden Verhaltens (Kriminalität, Sozialverhalten, Gewaltausübung) werden Workshops und Experteninterviews in den beteiligten KHSt, Ländern und Staaten stattfinden.

Verbesserung der Kenntnisse und Kompetenzen in der polizeilichen Gefahrenabwehr, Prävention und Kriminalitätsbekämpfung

Dies umfasst die Konzeptionierung von Fortbildungsmaßnahmen, Informations- und Präventionsmedien, eines mehrsprachigen Ergebnisberichtes sowie die Durchführung nationaler und internationaler Besprechungen und Konferenzen.

Geplante Maßnahmen für die ersten Wochen des Jahres 2017 sind u. a.:

- > ein Workshop mit Vertretern des Bereichs »Allgemeine Kriminalitätsbekämpfung« aus den Kreispolizeibehörden (KPB), die intensiv mit der Bearbeitung von Sachverhalten/Verfahren in Zusammenhang mit libanesischen Familienclans befasst sind
- > Workshops/Treffen mit ausgewählten KPB-Vertretern zur Erörterung der geplanten Durchführung von Datenerhebungen und -transfers in die Datenbank CASE NRW,
- > ein Workshop mit Angehörigen der Justiz oder ggf. Einzelbefragungen
- > Treffen mit den Projektpartnern zur weiteren Ausschärfung und Durchführung von Unterstützungsleistungen
- > diverse weitere Erfahrungsaustausche mit Angehörigen relevanter Institutionen (u. a. kommunale / wissenschaftliche Einrichtungen)

Einzigartig und nachweislich erfolgreich

Die Projekte »Kurve kriegen« und »klarkommen!« sind seit Anfang Oktober 2016 an die neu geschaffene »Stabsstelle Prävention Jugendkriminalität« (SPJ) angebunden

Für das Projektteam um Ministerialdirigent Martin Bornträger markiert der organisatorische Wechsel einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Verfestigung der erfolgreichen NRW-Initiativen »Kurve kriegen« und »klarkommen!«. Die damit in Kraft tretenden organisatorischen und personellen Veränderungen setzen ein deutliches Signal für die langfristige Perspektive und Wertschätzung dieser kriminalpräventiven Ansätze.

Aus dem »Projekt Prävention Jugendkriminalität«, das bislang organisatorisch an das Ministerbüro angebunden war, wurde die »Stabsstelle Prävention Jugendkriminalität« (SPJ). Sie ist nun an die Abteilung 4 des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW angebunden. Dort untersteht sie in der Gruppe 42 unmittelbar dem Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann. Die Stabsstelle erhält damit eine prominente Stellung als fester Bestandteil im Organisationsgefüge der Polizeiabteilung.

Lange Projektphase abgeschlossen

Seit 2011 war »Kurve kriegen« ein Pilotprojekt – fünf Jahre lang. Das ist ungewöhnlich. Im Falle von »Kurve kriegen« war dies aber aufgrund der umfangreichen und mehrstufigen wissenschaftlichen Evaluation durch die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und durch die Prognos AG durchaus notwendig: »Diese lange Phase haben wir ganz bewusst in Kauf genommen, um valide feststellen zu lassen, ob »Kurve kriegen« wirkt und unsere Annahmen in Bezug auf die Verhinderung von Intensivtäter-Karrieren stimmen«, so Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann.



Dieter Schürmann, Landeskriminaldirektor

Kriminaldirektor (KD) Jörg K. Unkrig leitet die Stabsstelle

Neben den organisatorischen Veränderungen gibt es auch einen Führungswechsel. Anfang Oktober 2016 gab Ministerialdirigent Bornträger den Staffelnstab an KD Jörg K. Unkrig weiter, seinen bisherigen Vertreter.

»Die Überführung von einem befristeten Vorhaben, der Pilotierung und der Zeit des Ausprobierens zu einem geordneten und festen Bestandteil der Polizei und der kriminalpräventiven Arbeit ist das Ergebnis vieler Jahre intensiver Projektarbeit – hier im MIK und draußen in den Behörden«, so Unkrig.

»Kurve kriegen« und »klarkommen!« – eine Erfolgsgeschichte

Die »Projektgruppe Prävention Jugendkriminalität« (PPJ) des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW hat die kriminalpräventiven Projekte »Kurve kriegen« im Jahr 2011 und anschließend »klarkommen!« im Jahr 2013 aus der Taufe gehoben, ihnen Konturen verliehen und sie zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen in den Modellbehörden zu erfolgreichen, wirtschaftlichen und wirksamen Initiativen aufgebaut. Das war ein innovativer, aber auch zeitaufwendiger und manchmal steiniger Weg mit dem Ziel, die Kriminalprävention im Bereich der Verhinderung von Intensivtäter-Karrieren und der zuwanderungsbeeinflussten Jugendkriminalität neu aufzusetzen.

»KURVE KRIEGEN« – DEM LEBEN EINE NEUE RICHTUNG GEBEN

Allein bis zu seinem 25. Lebensjahr werden durchschnittlich 100 Menschen Opfer eines Intensivtäters. Sie werden verprügelt, beraubt oder anderweitig geschädigt. Darüber hinaus verursacht ein solcher Täter etwa 1,7 Mio. Euro an sozialen Folgekosten für die Gesellschaft.

»Kurve kriegen« verhindert solche Entwicklungen frühzeitig, wie Studien zur Wirksamkeit des Programms belegen konnten. Eine Vielzahl von Opfern wird verhindert, den jungen Delinquenten wird eine neue Perspektive eröffnet und darüber hinaus arbeitet die NRW-Initiative überaus wirtschaftlich. Jeder aufgewandte Euro spart bis zu zehn Euro an sozialen Folgekosten.

Die »Streife« berichtete zum Thema »Kurve kriegen« bereits ausführlich in Ausgabe 8/9 2016.

Infos zur Initiative finden Sie unter www.kurvekriegen.nrw.de

Die Projekte »Kurve kriegen« und »klarkommen!« wurden mit hervorragenden Ergebnissen umfassend evaluiert und sind mittlerweile neunzehn beziehungsweise sieben Kreispolizeibehörden Nordrhein-Westfalens fest etabliert. Aus den Projekten wurden Initiativen und so ist es logisch und folgerichtig, dass auch die Projektgruppe ihren Projektstatus und damit ihren Namen und ihre organisatorische Anbindung verändert hat.

Die SPJ wird sich im Jahr 2017 darauf konzentrieren, die bislang erzielten Erfolge zu stabilisieren. Darüber hinaus ist für 2018 die weitere, bedarfsorientierte Expansion beider NRW-Initiativen geplant.

/// **Wolfgang Wendelmann, MIK NRW**

»KLARKOMMEN!« – CHANCEN BIETEN DURCH PRÄVENTION VOR ORT

Um Straftaten junger Zuwanderer und damit Opfer zu verhindern, muss ein spezifischer und wirkungsvoller Zugang zu dieser Zielgruppe gefunden werden. Hierfür setzt »klarkommen!« auf eine kultursensible Herangehensweise. Korrelierende Migrationshintergründe und -kenntnisse, Sprachkompetenzen und Kultursensibilität der eingesetzten pädagogischen Fachkräfte sowie ihre enge Zusammenarbeit mit den lokalen Kreispolizeibehörden sind das Alleinstellungsmerkmal von »klarkommen!«.

Die NRW-Initiative wurde an den Pilotstandorten Dortmund, Duisburg und Köln durch die Zentrale Evaluationsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen untersucht – mit zufriedenstellendem Ergebnis: Die Zielgruppen werden gut erreicht. Neben positiven Resultaten in den Bereichen der Bildungsbiografien und der Sprachförderung wird insbesondere eine deutliche Abnahme von Straftaten attestiert.

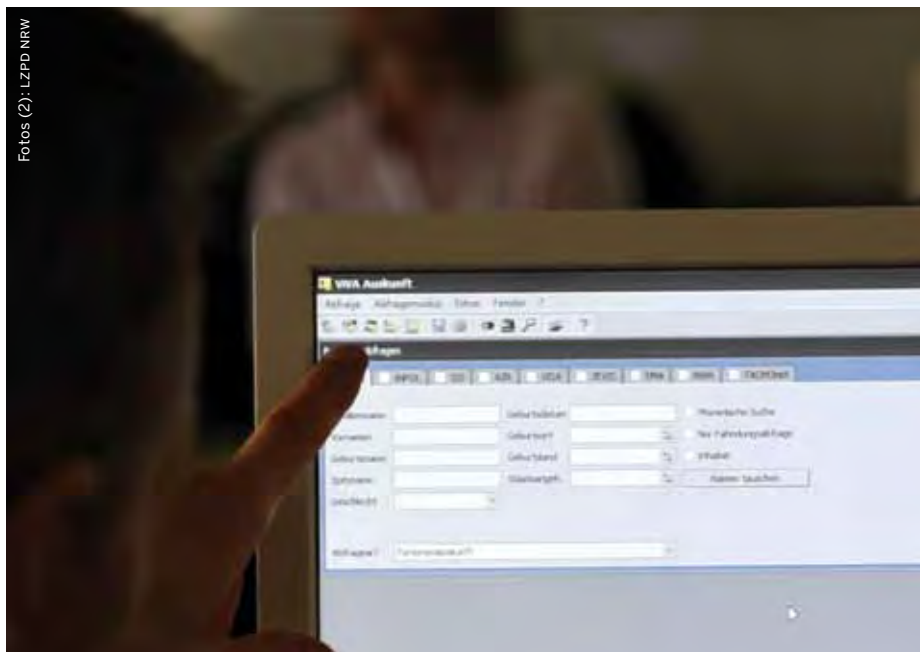
Infos zur Initiative finden Sie unter www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/projekt-klarkommen.html

»FORM FOLLOWS FUNCTION«

Als die Überführung der Projektgruppe in die Alltagsorganisation anstand, war es mir ein besonderes Anliegen, sie als Stabsdienststelle und damit herausgehobene Organisationseinheit hier anzugliedern. Die Arbeit der damit befassten Kolleginnen und Kollegen hat einen sehr hohen Stellenwert. Die Initiativen sind als solche einzigartig und nachweislich erfolgreich. Wirksame Prävention und konsequente Strafverfolgung sind – wie auch der Opferschutz – tragende Säulen unserer Polizeiarbeit.

/// **Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann**

viva ist da Die Polizei NRW geht mit einem neuen Auskunfts- und Vorgangsbearbeitungssystem erfolgreich ins Netz



Fotos (2): LZPD NRW

In der Testphase wurde viva auf »Herz und Nieren« geprüft.



viva vereint mehrere Eingabe- und Abfragesysteme in einem Programm.

Mit der landesweiten Einführung von viva 2.0 am 7. Februar 2017 in der ersten Stufe ist dem LZPD NRW ein umfassender Systemwechsel gelungen. In diesem ersten Schritt löste viva 2.0 das alte POLAS NRW ab.

Für den Wechsel mussten insgesamt 40 Millionen Datensätze vollständig vom alten in das neue System transportiert werden. Dieser Vorgang erfolgte nahezu reibungslos: Innerhalb von gerade einmal vier Tagen war die Migration der Daten abgeschlossen. Dafür hatten die Mitglieder des Projekts viva im Vorfeld zusammen mit dem Hersteller DTGS (Deutsche Telekom Healthcare and Security Solutions) intensiv an den Vorbereitungen für den Systemwechsel gearbeitet. Dabei stand die Anpassung der Software an die Bedürfnisse der Polizei NRW im Vordergrund. Für die Projektbeteiligten war der »Go Live«-Termin zur Umstellung Anfang Februar natürlich ein spannendes Ereignis. Lesen Sie in der nächsten Ausgabe der »Streifen« (03/2017) dazu einen ausführlichen Artikel über den Start von viva in NRW.

/// Claudia Franken, LZPD NRW

Prämien für herausragendes Engagement im Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Unfallkasse NRW hat die beiden Landesoberbehörden LZPD und LAFP der Polizei NRW für ihr Engagement beim Arbeits- und Gesundheitsschutz ausgezeichnet



LZPD NRW Direktor Rainer Pannenbäcker mit Felicia Kress, Michael Kempchen und Andreas Nieendick aus dem Bereich Arbeitssicherheit bei der LZPD NRW nach der Preisverleihung.



Die Unfallkasse NRW hat 520.000 Euro für die ausgezeichneten Betriebe bereitgestellt.

Am 27. Oktober 2016 wurde in Hagen zum neunten Mal der Preis für Arbeits- und Gesundheitsschutz verliehen. Zu den Preisträgern gehörten sowohl das nordrhein-westfälische Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) in Duisburg als auch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) am Standort Selm. Hier arbeitet es sich also besonders sicher.

Insgesamt wurden 41 Unternehmen für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet, das über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgeht. Alle Preisträger mussten sich dafür dem strengen Bewertungskatalog und der persönlichen Prüfung von Experten der Unfallkasse NRW unterziehen, die den Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz anhand eines eigenen Bewertungssystems sorgfältig prüfen. »Ihre Arbeit ist wichtig und deshalb möchten wir Sie auch so gut wir können unterstützen«, sagte die Geschäftsführerin der Unfallkasse NRW, Gabriele Pappai.

Die Unfallkasse NRW hat für die ausgezeichneten Betriebe rund 520.000 Euro

bereitgestellt, die in Form von Geldprämien an die 41 Sieger ausgeschüttet werden. Das LAFP NRW wird die Prämie für konkrete Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einsetzen. »Es sollen alle davon profitieren, die Beschäftigten ebenso wie die Behörde«, so Michael Frücht, Direktor des LAFP NRW. Beim LZPD stehen dank der Prämie zehn Dienstfahräder als gesundheitsfördernde Mobilitätsalternative zur Verfügung. Die Preisträger wollen auch künftig die Standards des Arbeits- und Gesundheitsschutzes langfristig hochhalten – das dürfte auch die Mitarbeiter freuen. // **Friederike Küster, LZPD NRW**



Foto: Claudia Franken

Rainer Pannenbäcker und Wolfgang Wurm bei der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit für die gemeinsame Einsatzbewältigung von Bundes- und Landespolizei.

Vereinbarung zur besseren Zusammenarbeit Landes- und Bundespolizei werden in NRW noch enger kooperieren

Rainer Pannenbäcker, der Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW, und Wolfgang Wurm, der Präsident der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Sankt Augustin, unterzeichneten Anfang Dezember 2016 eine Vereinbarung zur Führung und Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Bewältigung von Einsätzen aus besonderem Anlass.

Die Vereinbarung enthält klare Regelungen zur Führungsverantwortung und Struktur bei der gemeinsamen Einsatzbewältigung – und zwar bei allen Einsätzen, bei denen sowohl die Polizei NRW als auch die Bundespolizei sachlich und örtlich zuständig sind.

Rainer Pannenbäcker freut sich auf den intensiveren Austausch: »Künftig werden wir mehr Sicherheit in den Planentscheidungen bei gemeinsamen Einsatzlagen haben.«

Gute Regelungen für den Ernstfall

Die Vereinbarung beschreibt die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bei Einsatzen, wie z. B. Unfällen im Zusammenhang mit dem Bahnbetrieb (unterhalb größerer Schadensereignisse/Katastrophen) Anschlägen, Geiselnahmen, Bedrohungslagen, Amoktaten und Versammlungen.

Effiziente Abläufe geschaffen

Wolfgang Wurm (BPOLD Sankt Augustin) freute sich über die Einladung in die Landesoberbehörde in Duisburg zur Unterzeichnung des Vertrages: »Mit der Vereinbarung haben wir jetzt effiziente Abläufe bei gemeinsamen Sicherheitslagen festgelegt und damit unsere Zusammenarbeit auf eine neue Qualitätsstufe weiterentwickelt.« Die BPOLD Sankt Augustin ist eine von neun regional zuständigen Bundespolizeidirektionen, und nimmt mit neun Bundespolizeiinspektionen und einer Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheit die der Bundespolizei obliegenden Aufgaben im Land NRW wahr. // Claudia Franken, LZPD NRW

Belastbarkeit im Polizeidienst

30-jähriges Jubiläum der »Sozialen Ansprechpartner« (SAP) bei der Polizei NRW

In den 1990er Jahren erlebte Jörg K. Unkrig den Tod zweier Kollegen und erfuhr, wie schwierig es sein kann, über Belastungen im Polizeidienst zu sprechen. Seine Erfahrungen zeigen, dass der Umgang mit psychischen Belastungen im vertraulichen Gespräch immer besser ist als sich zusammenzureißen.



Soziale Ansprechpartner braucht kein Mensch und wir in der Polizei schon gar nicht!« Meine Antwort wäre wohl so oder ähnlich ausgefallen, wenn mich vor 30 Jahren jemand nach der Notwendigkeit von sozialen Ansprechpartnern in der Polizei gefragt hätte. Damals, auch wenn ich damit jetzt die Wortwahl meiner Mutter annehme, war ich 23 Jahre alt, junger Polizist und nahezu unbesiegbar – jedenfalls hielt ich mich dafür.

Keine Schwächen zeigen

In dieser Zeit hatte ich einen sogenannten »Bärenführer«. Heute verwenden wir eher den Begriff »Tutor«. Er wies mir den Weg und zeigte mir, wie ich meinem Gegenüber in schwierigen Situationen gegenüberzutreten musste und worauf es vor allem ankam: »Hart musst du sein, überlegen und besonders wichtig: niemals Schwächen zeigen!« Ich hatte eine Dienstgruppe, die für mich so etwas wie eine Ersatzfamilie war und auf die ich zählen konnte, egal wie schwierig der Dienst oder der konkrete Einsatz auch waren. Ob Familienstreit, beim Unfall eingeklemmte und schwerverletzte Personen, Suizidenten, Bahnleichen, Todesbenachrichtigungen, Widerstände, Kneipenschlägereien, vergewaltigte Frauen, Nachbarschaftsstreitereien, Ladendiebstahl, misshandelte oder gar missbrauchte Kinder, betrunkenen Autofahrer, renitente Festgenommene – überall können einem Erlebnisse widerfahren, die schwierig zu bewältigen sind. Aber auch

Konflikte mit Kollegen oder Vorgesetzten, Ärger über die Beurteilung, Streit zu Hause und Sorgen um die eigenen Kinder können eine große Belastung sein.

Niemand ruft die Polizei an, um zu sagen, dass alles in Ordnung ist. »Vielen Dank, Herr Wachmeister, für ihre Hilfe! Schön, dass es Sie gibt!« – auch ein solches Lob hören die Beamten eher selten. Privat fällt es ebenfalls schwer, über die Erlebnisse zu sprechen, die schon für einen selbst belastend und schlimm sind. Wir Polizisten sehen täglich in mehr Abgründe als viele andere Berufsgruppen.

Wer sich für das Gute einsetzt, wird unweigerlich dem Bösen begegnen. Und? Soll das Böse doch kommen, dachte ich früher. Wenn man jung und belastbar ist, mehrere Nächte hintereinander mit wenig Schlaf durcharbeiten kann und gute Kolleginnen und Kollegen hat, was soll schon passieren?

Schweigen war nicht immer Gold

Als Polizist bist du immer irgendwie ein bisschen die »eierlegende Wollmilchsau«. Mal bist du Fotograf, mal Verkehrsunfallnehmer oder Brandursachenermittler. Manchmal Lebensretter, dann wieder Sozialarbeiter, die »starke Schulter«, einfühlsamer Kollege, »Zu- und Anpacker«, ein Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, Psychologe, Trostgeber, Berichteschreiber, Entscheider, Ersthelfer und, und, und... Von allem etwas, manchmal von einer auf die andere Minute genau das Gegenteil. In allen Situationen sollst du Stärke zeigen, professionell handeln und Herr deiner Gefühle bleiben. Nichts darf dir in den »Kleidern bleiben« oder »nachts über die Bettdecke laufen«.

In den Neunzigern erlebte ich hautnah mit, wie zwei Kollegen im Dienst getötet wurden. Als Mitarbeiter in den Bereichen Spurensicherung, Kriminalwache und KK 11

ging ich mit auf Einsätze, die einen schnell an den Rand der Belastbarkeit bringen können, wenn einem die Möglichkeit fehlt, über dienstliche wie auch private Probleme ehrlich und offen zu sprechen.

Drei Kollegen, die ich näher kannte, nahmen sich in diesen Jahren ihr Leben. Bei einem blieb der Grund für den Suizid völlig im Dunkeln. Kollegen und Familie waren schockiert, gerade, weil sie überhaupt keine Anzeichen bemerkt hatten.

»Supervision oder Einbeziehen eines sozialen Ansprechpartners waren bei der Polizei zu Beginn der Neunziger eher noch verpönt.«

Jörg K. Unkrig

Supervision oder der Einbezug eines sozialen Ansprechpartners waren bei der Polizei zu Beginn der Neunziger eher noch verpönt. »Brauchen wir nicht, wir sind doch stark!«, war die Auffassung vieler Vorgesetzter. »Wenn Sie das schon belastet, wären Sie vielleicht besser Sozialarbeiter oder Pfarrer geworden, aber nicht Polizist!« Dennoch gab es Kollegen, die den Dienst nur schafften, wenn sie ab und an mal einen kippen konnten. Vor oder nach, manchmal aber auch im Dienst. Die Probleme waren in einigen Fällen zwar bekannt, aber nur wenige trauten sich, den Kollegen darauf anzusprechen und ihm damit vielleicht zu helfen.



Foto: imista.com/photocase.de

Niemand sollte sich mit persönlichen Problemen im Polizeidienst alleine gelassen fühlen.

Die Grenzen verlaufen fließend

An diesem Punkt merken manche nicht, dass der Grat zwischen professionellem Handeln und »Zähne zusammenbeißen« längst überschritten war. Dass die Grenzen zwischen Durchhalten und Totalausfall fließend sein können. Dass es Zeit für einen Sinneswandel geworden war, weil unser Beruf eben doch sehr belastend ist, wir vieles mit nach Hause nehmen und damit Gefahr laufen, auch unsere Partner mit zu belasten.

Mit meinen Erlebnissen aus 35 Dienstjahren bin ich eher die Regel als die Ausnahme. Genauso wie Kolleginnen und Kollegen, die einen Burnout erlitten und dafür von vielen nur milde belächelt wurden. »Weicheier«, »Simulanten« oder »Drückeberger« hörte ich mehr als einmal von Kollegen über Kollegen. Und dann wurden gerade die in persönlichen Gesprächen beim Bier ganz leise: »Eigentlich ziehe ich den Hut, dass der sich traut, das zuzugeben. Mir ist auch manchmal nicht ganz wohl, aber mit wem kann ich darüber sprechen, ohne dass ich negative Konsequenzen zu befürchten habe?«

Ein logischer Schritt

Als ich im Jahr 2004 meine erste Funktion im Höheren Dienst übernahm, wurde mir schnell klar, dass auch ein Chef mal Hilfe braucht. Jemanden, den man bei Bedarf zu schwierigen Gesprächen hinzuziehen kann oder danach. Jemanden, der Kollegen zur Seite steht, wenn mal nicht alles rund läuft. Jemanden, der zuhört und nicht direkt ein paar kluge Ratschläge parat hat, »dass doch alles gar nicht so schlimm sei« oder »andere doch viel schlimmer dran seien« oder mit Floskeln um sich wirft wie »lieber arm dran als Arm ab«. Polizeibeamte brauchen einen Kollegen für Kollegen. Jemanden, der weiß, wovon der andere da gerade spricht, wenn es beispielsweise um »Dienstliches« geht.

Einen weiteren logischen Schritt für mich habe ich 2012 gemacht. Ich habe mich im Innenministerium auf eine SAP-Stelle beworben und dann mit der dreijährigen Ausbildung begonnen. In der Polizeibehörde hätte ich es wahrscheinlich nicht getan, da es leider immer noch Kollegen gibt, die der Meinung sind, >

dass Soziale Ansprechpartner in der Polizei nicht notwendig oder »was für Weicheier« sind. Ich würde es als Realitätsverlust bezeichnen oder als ein Verdrängen von Offensichtlichem. Aber einfach Tatsachen zu ignorieren und den Kopf in den Sand zu stecken, löst keine drängenden Probleme und hilft niemandem.

Rauslassen können

Inzwischen habe ich mehrere Kollegen aus unterschiedlichen Organisationseinheiten begleitet. Meist waren es kollegiale Gespräche, in denen der Kollege oder die Kollegin sich aussprechen und von den eigenen Sorgen, Nöten und Problemen erzählen wollte. In den meisten Fällen führten bereits diese Gespräche zu einer Lösung. Was sich einfach anhört, ist häufig eine Herausforderung. Denn um zu einer akzeptablen Lösung zu gelangen, braucht der Klient zunächst die persönliche Einsicht, um was es wirklich geht. Er oder sie muss verstehen, wo Ursache und Auswirkung des Problems liegen. Meist zusätzlich verbunden mit einem Perspektivwechsel auf die eigene, manchmal eingefahrene Situation und Problemlage.

Rückblickend muss ich sagen, dass mich eigentlich schon von Beginn meiner beruflichen Laufbahn an soziale Ansprechpartner begleitet haben. Quasi unsichtbar und nicht offiziell benannt. Etwa einer meiner Ausbilder 1981 in Wuppertal, ein Bärenführer 1985 im Wach- und Wechseldienst in Remscheid, ein Sitznachbar im Studium zum gehobenen Dienst 1990 in Selm-Bork, ein Zimmernachbar 1998 im Kriminalkommissariat in Wuppertal, ein Lehrgangskollege 2003 im Studium an der Polizeiführungsakademie in Münster, ein Führungsstellenleiter in meiner Erstfunktion höherer Dienst 2005 in Plettenberg, ein Direktionsleiter 2008 in Wuppertal, ein Referatsleiter 2013 in Düsseldorf. Zudem begleitet mich seit 35 Jahren ein guter Freund und Kollege durch die Höhen und Tiefen meines Berufsalltages. Jeder dieser Kollegen war für mich wichtig und stand als Ansprechpartner für mich und meine Probleme zur Verfügung. Vielleicht habe ich deshalb bislang selbst noch keinen »echten« SAP aufsuchen müssen. Wenn es die genannten Menschen nicht gegeben hätte, wäre es aber eine gute Alternative für mich gewesen. Letztendlich muss jeder selbst entscheiden, wer bei Problemen die richtige Person ist, wenn man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Wem kann ich vertrauen, ohne mein Gesicht zu verlieren und wer hört mir zu, wenn ich selbst nicht weiter weiß?

SAP nehmen viel Last von den Schultern

Die erwähnten Kollegen haben mich durch ihr soziales Verhalten unterstützt und waren da, als ich sie gebraucht habe. Für einander da sein, einfach zuhören, seinem Ärger Luft zu machen, sich auskotzen, fallenlassen, Schwäche zeigen dürfen. Deshalb finde ich – gerade in Zeiten, in denen die Anforderungen stetig wachsen – solche Kolleginnen und Kollegen sehr wichtig. Dennoch sind gerade die professionellen SAP besonders wichtig, da sie uns in dieser Funktion viel Last von den Schultern nehmen können.

Viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen (Feuerwehr, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Jugendheime, Schulen) beneiden uns darum. Darum, dass sich die Polizei diese Funktion zusätzlich leistet, weil wir erkannt haben, wie wichtig dies ist. Alle Führungskräfte, die Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen, stehen zu den SAP in den Behörden.

In diesem Bereich bin ich in den letzten 30 Jahren vom Saulus zum Paulus geworden. Heute wäre auf die Frage »Brauchen wir soziale Ansprechpartner in der Polizei?« meine Antwort: »Einen sozialen Ansprechpartner braucht jeder Mensch und wir in der Polizei erst recht!«

/// Jörg K. Unkrig, MIK NRW

»Wem kann ich vertrauen,
ohne mein Gesicht zu
verlieren und wer hört mir
zu, wenn ich selbst nicht
weiter weiß?«

Jörg K. Unkrig

»Sozialer Ansprechpartner« im Alltag

Hinter dem Begriff »Sozialer Ansprechpartner« (SAP) steht mehr als nur eine Vertrauensperson im Dienst



Wiebke Rehkopp ist Soziale Ansprechpartnerin in der Direktion »Zentrale Aufgaben« des Polizeipräsidiums Köln. Sie erklärt, warum es gut und wichtig ist, wenn es im Polizeidienst jemanden gibt, der einem zuhört.

Einem Kollegen oder einer Kollegin mitteilen zu können, was einen bewegt, wenn man zu einem Verkehrsunfall gerufen wird, bei dem Menschen gestorben sind, was einem nach der Aufnahme einer Häuslichen Gewalt durch den Kopf geht, was es bedeutet, mit Steinen beworfen, bespuckt und beleidigt

zu werden. Einen Gesprächspartner zu haben, der auch weiß, was es bedeutet, wenn es zu Hause kriselt, weil man aus dienstlichem Grund schon wieder einmal ganz kurzfristig nicht zur Familienfeier, zum Geburtstag enger Freunde, zur Sportveranstaltung des Kindes oder zum gemeinsamen Abendessen kommen kann. Rund um die Uhr jemanden erreichen zu können, der einfach mal zuhört und versteht, worüber gesprochen wird, der einem auf Augenhöhe begegnet und auch den Menschen hinter der Uniform wahrnimmt. Gehört und wahrgenommen zu werden, ohne eine Bewertung oder Verurteilung.

Wege aufgezeigt zu bekommen mit dem Wissen, auf diesen nicht allein unterwegs zu sein, sondern begleitet zu werden. Den Raum zu haben für das, was einen bewegt, umtreibt und manchmal auch nicht wieder loslässt und wofür in der heutigen Schnelllebigkeit so wenig Zeit ist. Sich aufgehoben fühlen können und zu wissen, dass es jemanden gibt, der sich Zeit nimmt für die eigenen Sorgen und Probleme.

Das ist ein beruhigendes Gefühl für viele Kolleginnen und Kollegen.

/// Wiebke Rehkopp, Soziale Ansprechpartnerin, PP Köln

Eine völlig andere Facette von Polizeiarbeit

Vor 25 Jahren unterstützte Nordrhein-Westfalen das Land Brandenburg beim Aufbau der dortigen Polizeikräfte nach westdeutschem Standard

Im Zuge der Deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zu Partnerländern. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages im April 1991 durch die damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und Johannes Rau besiegelte die Zusammenarbeit beider Länder. NRW leistete in den Jahren nach dem Zusammenschluss der neuen und alten Bundesländer vielseitige Unterstützung beim Aufbau der Landesverwaltung in Brandenburg – bei den Finanzämtern, aber auch bei der Polizei. Diese Zusammenarbeit wurde mit der Jubiläumsfeier »25 Jahre Spezialeinheiten des Landes Brandenburg« im November 2016 exemplarisch gewürdigt.

In der Zeit von September 1991 bis Ende März 1992 war Rainer Marenski, ehemaliger Gruppenführer und Ausbildungsleiter des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Düsseldorf, im Rahmen der Aufbauhilfe an das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg abgeordnet worden. Er versah seinen Dienst im Aufbaustab des Polizeipräsidiums Potsdam und war dort primär für den Aufbau des SEK Potsdam zuständig. Heinz Hermey (Erster Polizeihauptkommissar-EPHK a. D.), ehemaliger Kommandoführer des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) Essen, sorgte zeitgleich für den Aufbau des MEK Potsdam.

Polizeidirektor (PD) Jörg Barthel, der heutige Leiter der Spezialeinheiten des Landes Brandenburg, lud die beiden ehemaligen Aufbauhelfer aus NRW nunmehr 25 Jahre nach ihrem Unterstützungseinsatz zur Jubiläumsfeier nach Potsdam ein. Zu den Feierlichkeiten waren rund 200 aktive und ehemalige Angehörige der Spezialeinheiten sowie zahlreiche Ehrengäste erschienen. Die Einladung war eine überraschende Würdigung, über die sich Rainer Marenski sehr gefreut hat: »Für uns ehemalige »Aufbauhelfer« war es ein besonderes Erlebnis, nach 25 Jahren zu diesem feierlichen Anlass nach Potsdam zurückzukehren, an dem beeindruckenden Festakt teilnehmen zu dürfen und sogar namentlich begrüßt zu werden.«

Ausbildung im fernen Wuppertal

Damals reisten 180 Polizeianwärter aus Brandenburg erstmals in den westlichen Teil der Bundesrepublik – in die Bundeswehrkaserne in Wuppertal. Dort wurden sie von Kollegen aus NRW ausgebildet. Etwa 1.000 Polizeibedienstete des Landes Brandenburg, die bisher noch keine Polizeiausbildung erhalten hatten, aber der Polizei weiter angehören sollten, wurden in Wuppertal im Rahmen von Vier-Monats-Kursen umgeschult. Zusätzlich erhielten

110 brandenburgische Kollegen Fortbildungen zu Fachlehrern, Schießausbildern und Gruppenführern. 180 Bedienstete der Kriminal- und Schutzpolizei besuchten in NRW einwöchige fachliche Seminare und weitere 450 Polizisten aus Brandenburg nahmen an anderen Fortbildungsveranstaltungen an der damaligen »Höheren Landespolizeischule« (jetzt LAFP NRW) in Münster teil. Viele Polizisten aus Brandenburg begleiteten ihre Kollegen in NRW auch als Hospitanten.

Sach- und Personalunterstützung aus NRW

Die nordrhein-westfälische Polizei stellte den neuen Kollegen aus Brandenburg darüber hinaus zahlreiche gebrauchte Kraftfahrzeuge, neue Videoanlagen, Mobiltelefone, PC's und Fernseh- und Rundfunkgeräte sowie Schießausrüstung und 50.000 Vordrucke für Verkehrsunfallaufnahmeanzeigen zur Ausgestaltung des Polizeidienstes nach dem Standard der Bundesrepublik zur Verfügung. Aus NRW gingen damals etwa 90 Beamte und bis zu acht Angestellte der Polizei für mehrere Monate nach Brandenburg. Sie arbeiteten dort in den Aufbaustäben für die neuen Polizeibehörden und -einrichtungen mit, waren als Referenten im Innenministerium eingesetzt oder als Dozenten, Ausbilder und Fachlehrer in der Aus- und Fortbildung tätig.

1992 ging die Unterstützung in eine zweite Phase. Jedes Regierungspräsidium in NRW erhielt ein Partner-Präsidium in Brandenburg. Berater, Spezialisten und Referenten wurden aus NRW entsandt und der Austausch von Polizeibeamten und Regierungsbeschäftigten wurde intensiviert. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden unterstützt und weitere Sachmittel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus arbeiteten die nordrhein-westfälischen und brandenburgischen Landeskriminalämter eng zusammen.

Wichtige Partnerschaft

Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke betonte anlässlich des 70-jährigen Bestehens von NRW im vergangenen Jahr die Bedeutung dieser Partnerschaft. Sie sei nach der Neugründung Brandenburgs eine wichtige und wertvolle Hilfe gewesen. Dabei wies er auf zahlreiche Parallelen in der Entwicklung beider Länder hin. So teilten sie eine große Bergbautradition. »Die Menschen in Lausitz und Ruhrpott sind sich ähnlich. Sie packen an und lassen sich nicht für dumm verkaufen. Auch unser gemeinsamer Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit hat hier einen seiner Ursprünge: Es zählt, dass man sich auf seine Kollegen verlassen kann – dabei spielt die Nationalität keine Rolle.« Ein Zeichen der

aktuellen Verbundenheit: Beim Bürgerfest zum 25-jährigen Bestehen des Bundeslands Brandenburg im September 2016 gab es ein großes NRW-Zelt. Nordrhein-westfälische Wahrzeichen wie Hermann der Cherusker, die Wuppertaler Schwebbahn, die Zeche Zollverein und die sagenumwobenen Externsteine wurden bei einem Glas Kölsch oder Brause vorgestellt.

Ausstellung im Potsdamer Landtag

25 Jahre nach der Aufbauunterstützung der brandenburgischen Polizei durch Polizeidurch Kolleginnen und Kollegen aus NRW, hat diese ihr Jubiläum unter anderem mit einer Ausstellung im Foyer des neuen Landtagsgebäudes in Potsdam gewürdigt. Die Ausstellung präsentierte die ganze Bandbreite polizeilicher Aufgaben – vom Schutz vor Kriminalität und Gewalt, der Prävention und Verfolgung von Straftaten sowie über die Bekämpfung von Rechtsextremismus bis hin zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Konzipiert und umgesetzt wurde die Schau von der Fachhochschule der Polizei Brandenburg. Bei der Eröffnung dankte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter seiner Polizei für ihre Leistungen. »Diese wunderbare Zeitreise erinnert in beeindruckender Weise an Jahre gemeinsamer Arbeit. Sie zwingt aber auch an der einen oder anderen Stelle zum Nachdenken. Die Ausstellung erinnert an herausragende Einsatzlagen und Kriminalfälle wie Hochwasserlagen an Oder und Elbe, die Fußballweltmeisterschaft oder den Mordfall Ulrike in Eberswalde. Sie dokumentiert aber auch Meilensteine wie die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Polen. Es ist richtig und wichtig, mithilfe dieser Ausstellung die Vergangenheit in die Gegenwart zu holen und die Erfahrungen für die Zukunft zu nutzen. Denn wir müssen die Zukunft gestalten. Die sich ändernden internationalen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zwingen uns dazu.«

Ein Kennenlernen mit Hindernissen

In einer Ausgabe der »Streife« im Jahr 1991 konnte man nachlesen, wie groß die Hürden für Brandenburgs Polizeikräfte anfangs waren, sich im neuen System der Bundesrepublik zurechtzufinden – fachlich wie auch zwischenmenschlich. »Die Brandenburger wurden mit einer für sie fremden Umwelt, einer neuen Gesellschaftsordnung und einem umfangreichen Lehrstoff konfrontiert. Es galt Vorurteile abzubauen und innere Widerstände zu überwinden.« Das war nicht immer Jedem und sofort möglich: »Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses gelang aber durch Hilfestellungen bei den vielfältigen persönlichen Problemen«. Man lernte sich

auch außerhalb der Dienstzeit nach und nach besser kennen. Die »Streife« berichtete 1991 über »gemeinsame Freizeitaktivitäten, von Besuchen von Bundesligaspielen bis zu Fahrten durch das Bergische Land«. Das positive Fazit nach Ende des ersten Ausbildungsjahrgangs lautete: »Unbürokratisches, schnelles Handeln von Institutionen, Vereinen und Fachleuten erleichterten den dienstlichen Tagesablauf und die Freizeitgestaltung. Willenskraft, Durchhaltevermögen und Leistungsbereitschaft halfen, den vermittelten Stoff zu »verdauen«.«

Ein großer Schritt nach vorne

Seit der Polizeistrukturereform im Jahr 2011 gehören die Spezialeinheiten der Brandenburger Polizei zur Direktion »Besondere Dienste« im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Zu den Spezialeinheiten gehören das SEK und das MEK sowie die Bereiche Einsatztechnik (Technische Einsatzgruppe, Telekommunikationsüberwachung, Mobilfunkaufklärung), Spezialkräfte (Verhandlungsgruppe, Zielfahndung, Zeugenschutz) sowie der Personenschutz. Insgesamt sind derzeit 184 Polizeibeamte bei den Spezialeinheiten beschäftigt. Inzwischen unterstützen die Kollegen aus Brandenburg ihrerseits die Polizei NRW bei besonderen Einsatzlagen, so auch das erste Mal im Jahr 1993 nach dem Brandanschlag von Solingen oder beim Besuch des Papstes Johannes Paul II. im Jahr 2005 in Köln. Auch durch die große Unterstützung der nordrhein-westfälischen Polizei kann Brandenburgs Innenminister Schröter heute stolz auf seine Spezialeinheiten sein: »Angehörige der Spezialeinheiten stellen sich freiwillig schwierigsten Aufgaben und gefährlichen Situationen. Niemand kann sie zu einem solchen Dienst verpflichten. Umso mehr steht ihnen Respekt und Anerkennung zu. Tagtäglich beweisen die Spezialeinheiten eine hohe Professionalität und Leistungsfähigkeit. Ich habe sehr großes Vertrauen in diese speziell geschulten und trainierten Polizisten. Wie die gesamte Polizei, stellen sich auch die Spezialeinheiten auf die veränderte internationale Sicherheitslage ein. Durch die Anpassung der Aus- und Fortbildungsinhalte, der Erweiterung taktischer Handlungskonzepte und die bessere Ausstattung mit Waffen und Technik leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Innere Sicherheit.«

/// Walter Liedtke



Die spannendste Zeit ihres Berufslebens

Rainer Marenski und Heinz Hermey berichten von ihrer Abordnung nach Brandenburg in den Jahren 1991/92

Sie kamen, um die brandenburgischen Kollegen beim Aufbau der dortigen Spezialeinheiten (SEK und MEK) zu unterstützen. Vor Ort machten sie dann die meiste Zeit jedoch etwas ganz Anderes. Rainer Marenski und Heinz Hermey erinnern sich zusammen im Gespräch mit der »Streife« an die wohl ungewöhnlichste Zeit ihres Berufslebens.

Streife: Wie ging es im Winter 1991/92 eigentlich los mit dem Aufbau des Polizeipräsidiams Potsdam?

Hermey: Ich bekam damals zunächst eine Abordnung für einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen. Da sagte meine Frau schon: »Das glaubst Du doch selbst nicht, dass Du nach drei Wochen wieder da bist!« Sie behielt Recht. Insgesamt wurden es dann sieben Monate. Wir kamen Anfang September 1991 nach Potsdam. Bis zum 1. November 1991 sollte die Struktur des Polizeipräsidiams Potsdam bereits im Wesentlichen stehen. Die angesetzten acht Wochen erschienen uns doch sehr kurz bemessen.

Marenski: Der Aufbaustab für das Polizeipräsidium Potsdam bestand aus fünf oder sechs Polizeibeamten aus NRW sowie einem Polizeibeamten aus Bremen. Einige davon waren bereits vorab für Führungsfunktionen im neuen Polizeipräsidium Potsdam



Rainer Marenski

vorgesehen; mehr waren das ja gar nicht. Wir haben damals vor allem die Auswahlverfahren für die zu besetzenden Stellen im Gehobenen Dienst im Polizeipräsidium Potsdam vorbereitet. Unsere Aufgabe war es, innerhalb kürzester Zeit alle Funktionen des Gehobenen Dienstes neu zu besetzen. Uns lagen Hunderte von Bewerbungen aus dem ganzen Land vor. Viele bewarben sich auch gleich für mehrere Funktionen oder auch in mehreren Präsidien. Einen Abgleich oder Datenaustausch mit den anderen Aufbaustäben gab es dabei grundsätzlich nicht. Dadurch sind wir erstmal von unserem eigentlichen Auftrag, die Spezialeinheiten aufzubauen, doch etwas abgekommen.

Hermey: Es war Pionierarbeit. Wir konnten sehr viel selbst gestalten. In der Nähe des Polizeipräsidiams und des Innenministeriums gab es eine kleine Kneipe namens »Froschkasten«. Die Kneipe war ein interessanter Treffpunkt und eine willkommene Abwechslung nach den teilweise sehr langen Schichten. Dort haben wir abends oft zusammengesessen und kleine Probleme gelöst. So habe ich etwa von einem auf den anderen Tag die Genehmigung zur Beschaffung von drei PCs aus dem Innenministerium bekommen, um die Auswahlverfahren PC-gestützt vorbereiten zu können.

Marenski: Wir mussten uns schnell einarbeiten, auch in die damalige Organisationsstruktur der Volkspolizei. Zu Beginn unserer Abordnung gab es ja noch das Volkspolizeikreisamt Potsdam. Die Polizei der DDR hatte zu dieser Zeit auch noch ihre eigene Sprache mit vielen internen Abkürzungen. Wir mussten uns also erstmal damit auseinandersetzen, um die Personalakten auch richtig bewerten zu können. Ich habe mir unter anderem von einem Mitarbeiter ein Heft mit sämtlichen Abkürzungen zusammenstellen lassen.

Streife: Nach welchen Kriterien wurden damals die Bewerber ausgesucht?

Marenski: Es gab je einen Aufbaustab für die sechs entstehenden Polizeipräsidien in Brandenburg, nämlich die Polizeipräsidien Potsdam, Cottbus, Oranienburg, Eberswalde-Finow, Frankfurt (Oder) sowie das Präsidium der Wasserschutzpolizei. Obwohl in gemeinsamen Besprechungen einheitliche Standards für die Auswahlverfahren festgelegt worden waren, blieb einiges davon nur gute Absicht. Nehmen wir zum Beispiel die ehemaligen Observationskräfte: Auf der einen Seite gab es Pragmatiker, die der Meinung waren, dass die Leute, die in der Vergangenheit gut observiert haben, auch in Zukunft gute Arbeit leisten werden. Andererseits gab es aber auch den moralischen Aspekt, ob und wie weit es vertretbar sei, wenn Kräfte weiterbeschäftigt werden, deren Maßnahmen in der Vergangenheit u.a. darauf angelegt waren, DDR-Bürger im Zusammenhang mit einer Republikflucht in den Stasi-Knast nach Hohenschönhausen zu bringen. Dürfen solche Beamte in einer rechtsstaatlichen Polizei in einem nunmehr demokratischen Brandenburg weiterarbeiten? Und sollen die Betroffenen dann auch weiter im Gehobenen Dienst, womöglich in einer Führungsposition, oder in einer Spezialeinheit Verwendung finden? Bei dieser Fragestellung gab es durchaus unterschiedliche Auffassungen und manchmal war es ein richtiger Spagat. Zu Beginn der Abordnung hätten wir nicht gedacht, dass diese politischen Komponenten noch derart unsere Aufgabenwahrnehmung beeinflussen würden.

Streife: Wie sind Sie in Potsdam mit den vorbelasteten Polizeikräften umgegangen?

Marenski: Das erkläre ich Ihnen gerne am Beispiel der Observationskräfte. Wer erst seit relativ kurzer Zeit in dieser Funktion tätig war, durfte bleiben und nach überprüfter Eignung auch in den Spezialeinheiten Dienst versehen. Wer aber schon einige Jahre in dieser Einheit tätig war, bei dem sind wir davon ausgegangen, dass eine Weiterbeschäftigung in einer Spezialeinheit gesellschaftlich nicht zumutbar war. Für die Betroffenen gab es dann die Möglichkeit, ihre Arbeit weiter im allgemeinen Polizeivollzugsdienst zu verrichten. Der Höhere Dienst der Volkspolizei mit Funktionen ab Oberst (vergleichbar Polizeidirektor) wurde generell nicht mehr weiterverwendet und ist in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Alle, die in der alten Organisation in einer dem Gehobenen Dienst vergleichbaren Position waren, mussten sich neu auf entsprechende Stellen bewerben.

Streife: Vor welchen Herausforderungen standen Sie denn bei den Beurteilungen?

Marenski: Laut Einigungsvertrag durften alle DDR-Polizeibeamten Einsicht in ihre Personalakten nehmen. Diese Möglichkeit wurde von vielen wahrgenommen und in diesem Zuge wurden Passagen geschwärzt oder Seiten entfernt, die sie möglicherweise hätten belasten können. Das machte es uns sehr schwer, die richtige Auswahl zu treffen. Da gab es zum Beispiel auch Beamte, die innerhalb der Volkspolizei mit der Stasi zusammengearbeitet haben. Wir wollten natürlich nicht, dass diese Bewerber in den Gehobenen Dienst der neuen Polizei übernommen werden.

Hermey: Auch beim MEK hatte man mit politisch vorbelasteten Personen Probleme. 1992 startete unter meiner Leitung zunächst ein MEK-Lehrgang mit einer Gruppenstärke von 28 Bewerbern. Plötzlich bekam ich eine Namensliste aus dem Polizeipräsidium Potsdam, auf der einige Teilnehmende aufgeführt waren, die ab sofort nicht mehr in der Observationsgruppe mitarbeiten durften. Ich habe mit denen Gespräche geführt. Sie sagten, sie hätten lediglich Observationsergebnisse an Dienststellen geliefert, die dann aber für die Stasi bestimmt gewesen seien; sie wüssten nicht von den Hintergründen. Teilweise haben dieselben Personen aber potenzielle Republikflüchtlinge bespitzelt. Detlev von Schwerin, der Sohn eines NS-Widerstandskämpfers, war von 1991 bis 2005 der erste Polizeipräsident in Potsdam. Er hat darauf gedrungen, dass solche Leute den Polizeidienst verlassen müssen. >



Heinz Hermey

Fotos (2): Thomas Eckelmann

Streife: Für die Polizisten in Brandenburg änderte sich damals alles...

Marenski: Die Polizei in der DDR wurde vergleichsweise gut bezahlt und vermutlich auch gefürchtet. Sie hatte zum Beispiel spezielle Ferienheime und war untereinander eng vernetzt, insbesondere auch im privaten Bereich. Das war eine ziemlich abgegrenzte Truppe, aber innerhalb dieses Rahmens hatte es sich die DDR-Polizei schon gemütlich gemacht. Durch die Wende gingen dann doch diverse Privilegien verloren. Auch das Studium der Personalakten war aufschlussreich. Äußerungen wie: »Ich habe zwar Verwandtschaft im Westen, ich lehne aber jeden Kontakt strikt ab«, waren keine Seltenheit. Das fand ich eigenartig, insbesondere wenn es sich bei der Verwandtschaft um die eigene Mutter gehandelt hat. Diese Aussage war aber für den Bediensteten äußerst wichtig, denn Westkontakt war für Polizisten in der DDR streng untersagt.

Streife: Und es traf nicht nur die Führungskräfte?

Hermey: Nein. Erstmals wurde der Polizei nach der Wende stark das Gehalt gekürzt. Auch wurden Außenstandorte der MEKs, etwa in Cottbus, geschlossen.

Marenski: Im alten Polizeisystem hatten alle ihren Dienstgrad: Die Sekretärinnen, die Betriebsfeuerwehr und so weiter. Es gab eine große Zahl von Mitarbeitern, die zwar einen Dienstgrad hatten, aber keine Polizeivollzugskräfte waren. Es musste damals auf sehr vielen Ebenen gleichzeitig gearbeitet und umstrukturiert werden.

Streife: Haben die Polizisten in Brandenburg diesen Wechsel gutgeheißen?

Hermey: Einige Polizeibedienstete haben uns sehr engagiert unterstützt. Eine andere Gruppe hat sich erstmal abwartend verhalten.

Marenski: Es war menschlich nicht einfach. Wir haben uns selbst gefragt, wie wir uns verhalten hätten oder was wir empfinden würden, wenn sich unsere gewohnte Ordnung innerhalb kürzester Zeit auflöst und uns eine neue vorgegeben wird? Wir wollten dort vor allem nicht mit einer Siegermentalität auftreten, sondern menschlich und verständnisvoll bleiben und handeln.

Streife: Unter welchen persönlichen Umständen haben Sie diese Zeit erlebt?

Marenski: Es war schon abenteuerlich. Ich habe in dieser Zeit sechs Mal das Quartier gewechselt. Zuerst bin ich in einem einfachen Bauarbeiterwohnheim mit interessanten sanitären Einrichtungen gelandet. Aber das war nicht schlimm. Durch die Freude an der Arbeit traten die Begleitumstände völlig in den Hintergrund. Wenn man eine solche Aufgabe übernimmt, fallen all die anderen Dinge, wie z.B. eine schlechte Unterbringung nicht mehr so ins Gewicht. Oder Heimfahrten über die noch nicht ausgebaute A2 am Freitagnachmittag, die auch mal acht bis zehn Stunden dauern konnten, um dann montags gegen vier Uhr in der Früh nach Potsdam zurückzukehren.



Foto: Thomas Eckelmann

Die beiden Polizisten haben den Kontakt seit ihrer Abordnung nach Brandenburg bis heute gehalten.

Hermey: Ich hatte einen Dienstwagen, einen Daimler 260E mit Autotelefon, um vor Ort im Rahmen des Aufbaus der Spezialeinheiten flexibel zu sein; sich damit aber an den wenigen Tankstellen in Potsdam in die Reihe der Trabis einzuordnen, das war schon speziell.

Marenski: Das Telefonieren war ein auch Problem. Innerhalb der ehemaligen DDR hat das Telefonnetz schon einigermaßen funktioniert, aber die Verbindungen in den Westen waren schlecht. Heinz Hermey hatte ja sein Autotelefon, aber ich bin abends auch schon mal über die Glienicker Brücke nach West-Berlin gefahren, um von der ersten öffentlichen Telefonzelle nach Hause telefonieren zu können. Die Kommunikationsverbindungen zwischen Ost und West befanden sich zu dieser Zeit noch im Aufbau.

Streife: Haben Sie je mit dem Gedanken gespielt, ganz nach Potsdam zu wechseln?

Marenski: Es gab sicher entsprechende Überlegungen oder auch Angebote. Heinz Hermey wurde beispielweise angeboten in Brandenburg zu bleiben. Er hätte dort sicher eine attraktive Führungsposition übernehmen können. Aber letztlich kam es nicht zu einem Wechsel, weil man uns nach der Aufbauphase auch eigentlich nicht mehr gebraucht hat. Außerdem hätten wir so den Brandenburger Kollegen ihre Stellen weggenommen. Im Innenministerium mag das vielleicht auch Sinn gemacht haben, da dort die Polizei strategisch ausgerichtet wurde. So kamen der damalige Inspekteur der Polizei sowie auch der Einsatzreferent und der Personalreferent aus NRW. Aber für die unmittelbare Arbeit vor Ort brauchte man grundsätzlich keine »Wessis«. In Einzelfällen gab es in Brandenburg aber durchaus höhere Führungsfunktionen in den Polizeipräsidiolen, die von Polizeibeamten aus NRW besetzt wurden.

Streife: Wie lautet ihr persönliches Fazit nach nunmehr 25 Jahren?

Marenski: Ich habe in den letzten Tagen meiner siebenmonatigen Abordnung nach Potsdam meine spätere Frau kennengelernt. Sie ist dann 1993 mit mir nach Nordrhein-Westfalen gezogen. Das war für mich persönlich im Nachhinein natürlich der beste Aspekt dieser Abordnung nach Brandenburg.

Hermey: Ich war insgesamt 41 Dienstjahre bei der Polizei. Die Zeit in Brandenburg war eine der spannendsten Dienstzeiten, die ich je erlebt habe. Die Erfahrungen und Eindrücke waren einmalig. Und auch mit den damaligen Kollegen sind Freundschaften entstanden, die bis heute noch bestehen.

/// Das Interview führte Walter Liedtke

Überwältigende Anteilnahme Benefizspiel der Deutschen Polizei-Eishockey Nationalmannschaft für einen guten Zweck

Als der bayerische Polizeibeamte Tom Keller von dem schweren Schicksalsschlag seines Kollegen Roland Dahm und dessen Familie erfuhr, rief er eine Benefizveranstaltung für dessen Familie ins Leben. Am 17. Dezember 2016 spielte die Deutsche Polizei-Eishockey Nationalmannschaft darauf hin in Freising gegen das Team der Schweizer Polizei. Es wurden Spenden in Höhe von 3.400 Euro gesammelt.

Kurz nach der Geburt ihres zweiten Kindes erlitt Andrea Dahm infolge von unerwarteten Komplikationen einen Herzstillstand und eine Lungenembolie. Roland Dahm musste drei Monate um seine auf der Intensivstation liegende Ehefrau bangen. Zudem hatte er neben seiner Arbeit beim Bayerischen Landeskriminalamt die alleinige Verantwortung für die Versorgung der beiden Kinder zu schultern. Glücklicherweise konnte Andrea Dahm den lebensbedrohlichen Kampf gewinnen, musste jedoch einen hohen Preis dafür zahlen. Aufgrund einer langen Unterversorgung wurden der zweifachen Mutter beide Hände und beide Füße amputiert. Ein schwerer Schicksalsschlag, der das Leben der jungen Familie schlagartig und dauerhaft verändern sollte.

Großzügige Spenden zur Unterstützung

Um die Familie Dahm in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen, kam Tom Keller die Idee mit dem Benefizspiel. Als Trainer des Polizei-Eishockeyteams wandte er sich an seine Mannschaft, die kurz entschlossen in die Planung für ein Wohltätigkeitsspiel einstieg. Auch die Schweizer Kantonspolizei Zürich bestätigte direkt nach der Anfrage ihre Teilnahme an dem Freundschaftsspiel zugunsten von Familie Dahm. Weiterhin sicherten auch der Direktor des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA), der Polizeipräsident des

Polizeipräsidiums Oberbayern sowie der Bayerische Eissportverband und die Stadt Freising ihre volle Unterstützung für das Benefizspiel zu.

Die Vorbereitungen liefen nun zügig an und am 17. Dezember 2016 gegen 19 Uhr war es dann soweit: Etwa 300 Zuschauer strömten in die Eishockey-Arena in Freising, um sich das Benefizspiel anzuschauen und die Familie durch großzügige Spenden zu unterstützen. Im Rahmen des Benefizspiels sammelten die Veranstalter und Helfer Spendengelder in Höhe von 3.400 Euro.



Roland und Andrea Dahm (links) sind sehr berührt und dankbar für den Einsatz der Kollegen.



Fotos: (2) Andree Boinski (PP Bochum) / PP Oberbayern

Die Polizei-Eishockeyteams für Deutschland und die Schweiz spielten in Freising für den guten Zweck.

Das Spiel rückte in den Hintergrund

Das Schicksal von Roland Dahms Familie löste auch bei vielen weiteren Menschen großes Mitgefühl und die Bereitschaft zu helfen aus. Bereits im Vorfeld hatten die aus Zürich angereisten Kollegen der Schweizer Polizei einen vierstelligen Spendenbetrag gesammelt und diesen am Spieltag feierlich an die Familie übergeben. Auch der Kiosk-Betreiber der Arena beteiligte sich mit dem Erlös der am Spieltag verkauften Artikel. Die Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord unterstützten ebenfalls die Spendenaktion und sammelten während eines Adventsgottesdienstes 1.800 Euro für Familie Dahm.

Kurz nach dem Benefizspiel wurde Roland Dahm dann noch unerwartet von seinem Chef, dem Direktor des Bayerischen LKA, überrascht. Robert Heimberger beförderte seinen Mitarbeiter noch auf der Eisfläche zum Technischen Hauptsekretär und verlieh ihm damit zugleich den Beamtenstatus. Roland Dahm und seine Ehefrau Andrea waren überwältigt und den Tränen nah. Die Aktion berührte Betroffene und Anwesende gleichermaßen und löste bei vielen Anwesenden Tränen der Freude aus. Der Sieg der deutschen Mannschaft

mit 16:4 gegen das Schweizer Team rückte neben diesen bewegenden Ereignissen in den Hintergrund.

Für Roland und Andrea Dahm hat der Begriff »Polizeifamilie« durch die Teilnahme und die großartige Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen eine ganz neue Bedeutung gewonnen. Ihren Dank und ihre Freude über die überwältigende Resonanz haben sie in einem veröffentlichten Dankeschreiben auf der Seite <http://www.polizisten-helfen.de> zum Ausdruck gebracht. Wer Familie Dahm ebenfalls helfen möchte, findet auf dieser Seite auch eine Kontoverbindung.

Von der Polizei NRW spielten in der Mannschaft Ingo Dungs (LKA NRW), Björn Römer (PP Wuppertal), Kevin Grobelniak (PP Bielefeld), Bodo Gutt (PP Bochum) und der Kapitän der Nationalmannschaft Andree Boinski (PP Bochum).

/// Andrea Schaub, PSK NRW



Wettkampfprogramm der Polizei NRW 2017



- Termine - Termine - Termine - Termine - Termine -

Polizeilandesmeisterschaften

PLM Schießen	24.04.-25.04.2017	PP/PSV Dortmund
PLM Tischtennis	25.04.2017	PP/PSV Oberhausen
PLM Leichtathletik	15.05.2017	PP/PSV Dortmund
PLM Triathlon	16.07.2017	LR Gütersloh/PSV Stukenbrock
PLM Crosslauf	12.10.2017	PP/PSV Düsseldorf
PLM Volleyball Frauen/Männer	19.10.2017	PP/PSV Bochum
PLM Handball Männer	November 2017	PP/PSV Duisburg



Deutsche Polizeimeisterschaften

DPM Marathon	23.04.2017	Hamburg (HH)
DPM Fußball Männer	29.05.-02.06.2017	Selm (NRW)
DPM Schießen	25.07.-28.07.2017	Frankfurt/Oder (BB)
DPM Leichtathletik	28.08.-31.08.2017	Königsbrunn (BY)
DPM Triathlon	10.09.2017	Hamburg (HH)
DPM Ju-Jutsu	04.12.-07.12.2017	Lindow (BB)

Europäische Polizeimeisterschaften

EPM Ski	06.03.-11.03.2017	Windischgarsten (AU)
EPM Volleyball Männer	24.05.-31.05.2017	Varna (BG)
EPM Tennis	23.06.-30.06.2017	Budapest (HU)
EPM Schießen	17.07.-22.07.2017	Kazan (RU)
EPM Schwimmen/Retten	28.08.-01.09.2017	Hannover (DE)
EPM Basketball Männer	23.09.-30.09.2017	Athen (GR)



Wolfgang Niewald

Neuer Leiter der Direktion Kriminalität beim Polizeipräsidium Bielefeld



Foto: Gordon Wenzek

Der Leitende Kriminaldirektor Wolfgang Niewald hat zum 01.01.2017 die Funktion des Leiters der Direktion Kriminalität beim Polizeipräsidium Bielefeld übernommen.

Zuvor leitete LKD Wolfgang Niewald die Direktion Gefahrenabwehr und Einsatz der Kreispolizeibehörde Gütersloh. **/// Redaktion Streife**

Frank Fichtner

Neuer Leiter der Abteilung Polizei beim Landrat Steinfurt



Foto: Dennis Kückik

Der Leitende Polizeidirektor Frank Fichtner hat zum 23.01.2017 die Funktion des Leiters der Abteilung Polizei beim Landrat Steinfurt übernommen.

Zuvor leitete LPD Frank Fichtner das Dezernat 14 beim LAFP NRW. **/// Redaktion Streife**

Udo Schröder

Neuer Leiter der Zentralabtei- lung beim LAFP

Der Leitende Regierungsdirektor Udo Schröder hat mit Wirkung vom 01.01.2017 die Nachfolge von Herrn Werner Stahl als Leiter der Zentralabteilung beim LAFP angetreten und ist zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt worden.

Zuvor war Udo Schröder als Teildezernatsleiter 51.1 beim LAFP tätig. **/// Redaktion Streife**

Zeitloser Hardrock mit »Thunder« Die »Streife« verlost 3 x 2 Freikarten



Die britische Rock-Band »Thunder« gibt anlässlich ihres elften Studioalbums »Rip It Up« im April 2017 ein Live-Konzert in der Zeche Bochum.

Nach ihrer Neugründung im Jahr 2011 sind die Briten seit der Veröffentlichung des erfolgreichen Albums »Wonder Days« im Aufwind. Mit zeitlosem Hardrock beweist die Band, dass sie noch längst nicht zum alten Eisen gehört. Wie der Titel ihres neusten Studioalbums »Rip It Up« vermuten lässt, zerrissen sich Danny Bowes, Luke Morley, Ben Mattehew, Chris Childs und Harry James förmlich in musikalischer, lyrischer und kreativer Hinsicht, um an den Erfolg ihres 2015 veröffentlichten Albums »Wonder Days« anzuknüpfen.

Bereits 1989 formierten sich in London aus den Überresten der Band Terraplane die britischen Hardrocker von Thunder. »Rip It Up« ist ihr mittlerweile elftes Studioalbum und damit der jüngste Zuwachs in der Thunder-Diskographie, die neben dem Debüt-Album »Backstreet-Symphonie«, dem äußerst erfolgreichen »Laughing on Judgement Day« und dem 2003 erschienenen Album »Shooting at the Sun«, »The Magnificent Seventh« und dem Folgealbum »Robert Johnson's Tombstone« sowie 2008 mit »Bang!« bereits eine breite Palette an erstklassiger Rockmusik darstellt. Mühelos zeigt die Band auf ihrem neuen Album, dass sie noch immer den Dreh raus haben, steinharte Rock-Klassiker zu basteln, ohne sich ans Lehrbuch zu halten. Vor allem der Gesang von Gründungsmitglied Danny Bowes und

Mittel-europäer, Magyar	Ort der Winterspiele 1998	derb, plump	Gebühr, Steuer	4	Anwendungstrick, Kniff	amerik. Tänzer (Fied) † 1987	EU-Beltrifts-Staat 2004	kurz für: in dem
	6				Gliederung, Aufbau			
Berufstätigkeit						fink, beweglich	Auflösung des letzten Rätsels	
niederl. Maler (van ...) † 1890	2				Knochenfisch scheues Waldtier		G S M A P P A R A T E L A U A X E L P A R K E N E T B F E E G E S E L L I N O R I O N A D U F A U G E S T A R T L I S O A L I A S T A B A S C O B A D E S T E G I L E O E L (1-6) Sirius	
arab. mantelartiger Umhang				Hauptstadt von Lettland				
Region, Gebiet		weibliches Raub-Pelztier					3	
	5			Heros		1	sl1207-22	

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

die eingängigen Melodien machen Thunder absolut live-tauglich. Die Band wird im März ihre Tournee durch Großbritannien beginnen und diese im April auch in Deutschland fortsetzen.

In NRW werden Thunder am 24. April 2017 in der Zeche Bochum zu hören und zu sehen sein.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 20. April 2017 einsenden an: Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen,

Redaktion Streife
Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf
E-Mail: streife@mik.nrw.de
Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Der Gewinner / die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner / die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: www.streife.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Claudia Franken, LZPD NRW

Rainer Fuchs, PP Köln

Niklas Klasen

Friederike Küster, LZPD NRW

Walter Liedtke

Frank Mückenhausen, LKA NRW

Alexander Lorber

Andrea Schaub, PSK NRW

Wiebke Rehkopp, PP Köln

Jörg K. Unkrig, MIK NRW

Wolfgang Wendelmann, MIK NRW

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern

Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen